



Protokoll

der 22. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 24. Juni 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Textfassung

Abwesende: *Raffaela Hanauer (Grüne/Jgb), Lea Wirz (Grüne/Jgb), Lorenz Amiet (SVP), Fleur Weibel (Grüne/Jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

9.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats	2
10.	Kantonale Volksinitiative "50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!" - Antrag auf Fristverlängerung, Bericht der JSSK.....	18
11.	Stand und Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung (NIS) im Jahr 2023; Jährliche Berichterstattung an den Grossen Rat gemäss § 19b Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS), Bericht des RR	21
12.	Umsetzung von mobilen Elementen zur Freiraumverbesserung auf der Rosentalanlage und im Rosentalquartier, Ausgabenbericht des RR	22
13.	Durchführung eines Wettbewerbs zur Sanierung und Neugestaltung der Rosentalanlage und die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts, Ausgabenbericht des RR	30
14.	Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo	32
15.	Petition P499 "Höhere Kinderabzüge Jetzt!", Bericht der PetKo.....	33



Beginn der 22. Sitzung

Mittwoch, 24. Juni 2026, 15:00 Uhr

9. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats

[24.06.26 15:00:15, 26.5189.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung und erinnere Sie gerne daran, dass Sie noch das Kärtli einstecken.

Wir fahren fort mit Traktandum 9. Die Rednerliste ist wie folgt, wir kommen jetzt zum Gerichtsrat. Herr Wullschleger hat das Wort.

Stephan Wullschleger: Auch von meiner Seite her besten Dank für den konstruktiven Dialog mit der GPK. Zu beiden Empfehlungen und zur Feststellung werden wir uns ebenfalls schriftlich vernehmen lassen. Zum Thema Einbindung des Jugendgerichts, da liegt mir doch daran, etwas klarzustellen. Es ergibt den Eindruck, als sei das eine Initiative des Jugendgerichts gewesen, das war es nicht. Das Jugendgericht ist nie mit diesem Anliegen an den Gerichtsrat gelangt, es war vielmehr das FU-Gericht, das diese Trennung gewünscht hat und wir haben das dann sofort aufgenommen und eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die bereits Ergebnisse hat und das Anliegen ist am Laufen. Das Strafgericht ist bereits daran, Konzepte, auch räumliche Konzepte, obwohl sie keinen Platz haben, zu erarbeiten, damit das verfolgt werden kann. Einfach damit nicht der Eindruck entsteht, wir haben da irgendetwas, das das Jugendgericht schon lange gewollt hätte, nicht gemacht. Das Gegenteil ist wahr.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bevor wir jetzt fortfahren mit den Fraktionssprechenden, begrüsse ich auf der Tribüne eine 9. Klasse der Sekundarschule Allschwil mit Lehrperson Kira Hafner. Die Klasse konnte sich vorher bereits mit Jo Vergeat austauschen. Schön, interessiert ihr euch für die Basler Politik.

Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden, Lukas Faesch für die LDP.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP-Fraktion folgt allen Anträgen der GPK und wird den vorliegenden Jahresbericht vorbehaltlos genehmigen. Die GPK hat in 78 Sitzungen, 16 Hearings und unzähligen Nachfragen das staatliche Handeln im Berichtsjahr überprüft. Dazu kommen zwei überaus anspruchsvolle Spezialberichte zur Polizei und zum BGI. Das Resultat ist quantitativ und qualitativ eindrucklich. Die LDP anerkennt diese Leistung ausdrücklich und verbindet dies mit dem herzlichen Dank an die GPK für diese grosse und wertvolle Arbeit. Mein spezieller persönlicher Dank als Mitglied der GPK geht an unsere unermüdliche Kommissionssekretärin, Frau Dr. Kathrin Pavic, ohne ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihren riesigen Aufwand wäre das vorliegende Resultat nicht möglich gewesen. Dieser fundierte und sorgfältige Jahresbericht der GPK ist für die LDP Spiegel und Richtschnur zur Beurteilung staatlichen Handelns. Die LDP steht hinter den Feststellungen, Empfehlungen und Erwartungen der GPK und erwartet auch, dass diese vom Kanton aufgenommen bzw. umgesetzt werden.

Dieses Jahr gibt es nach Ansicht der LDP-Fraktion keinen richtigen Hauptknaller und so möchte ich im Folgenden nicht die grossen Fragestellungen beleuchten, sondern kleinere Feststellungen aufnehmen, sozusagen als Mümpfeli, die das Wirken unserer Verwaltung durchaus treffend charakterisieren, im Positiven wie auch im Negativen. Ich werde also die Dauersorge über die unkoordinierte Silo-gefangene IT-Politik unserer Regierung nicht weiter beleuchten, auch nicht auf die besorgniserregende hohe Anzahl von 172 externen Mitarbeitenden bei IT Basel, was ja bekanntlich arbeitsrechtliche Fragen, Sicherheitsfragen, Knowhow-Transferfragen, Abhängigkeitsfragen etc. aufwirft.

Ich werde mich auch zur Problematik der Geheimhaltung des kantonalen Risikoberichtes nicht äussern, denn mit allem Verständnis für den Schutzbedarf dieser Erkenntnisse, wie soll dann eine politische Diskussion bzw. eine Auseinandersetzung mit diesen wichtigen Fragen stattfinden, wenn der gesamte Bericht geheim ist? Auch auf die peinliche E-Voting-Panne und die weiteren Missgeschicke bei Urnengängen werde ich nicht weiter eingehen, aber hier besteht mit



Sicherheit Handlungsbedarf und die LDP wird das genau verfolgen. Und auch die mangelnde Zusammenarbeit zwischen ED, BVD und IBS bei der Bekämpfung der Hitzebelastung in Schulhäusern soll unerwähnt bleiben, aber ist ein grosses Problem.

Also kommen wir zu den Mümpfeli. Im WSU führte eine technische Panne dazu, dass es beim Stromsparbonus versehentlich zu 9'000 Doppelzahlungen kam, was immerhin fast eine Million Franken ausmachte. Die glücklichen, doppelt bedachten Haushalte erhielten die Möglichkeit, den zu viel erhaltenen Betrag zurückzuzahlen oder im nächsten Jahr anrechnen zu lassen. Infolge Wegzuges aus dem Kanton resultiert immerhin noch ein geschätzter Schaden von nur noch 58'000 Franken. Das ist eine gute Geschichte, aber auch mit gutem Ausgang.

Beim Präsidialdepartement gab der Umzug in die ehemalige Hauptpost viel Redestoff. Die internen Mietkosten belaufen sich neu auf 815'000 Franken und sind lediglich 35'000 Franken höher als die bisherigen Kosten. Wenn man bedenkt, dass bisher die fünf Fachabteilungen des Präsidialdepartementes an vier Standorten verteilt waren, werden diese kleinen Mehrkosten mit Sicherheit durch bedeutende kostenrelevante Synergieeffekte mehr als wettgemacht. Diese Rechnung geht auf.

Trotz dem kürzlich revidierten Gleichstellungsgesetz und dem vom Regierungsrat klar formulierten Ziel, die Vielfalt nach aussen, aber auch intern zu fördern und vorzuleben, arbeiteten im Berichtszeitpunkt auf der Fachstelle 17 Frauen, ein Mann und eine nonbinäre Person, was ein eklatantes Ungleichgewicht darstellt. Das ist nicht das, was sich die LDP vorgestellt hat.

Gemäss Behindertengesetz sollte die autonome Benutzung des öffentlichen Verkehrs von Menschen mit Behinderung bis 2023 abgeschlossen sein. Von den vom Grossen Rat bewilligten Ausgaben von über 30 Mio. Franken wurden bis Ende 2025 19.9 Mio. Franken ausgeschöpft, der Rest soll 2028 aufgebraucht sein. Das BVD schätzt nun den Gesamtaufwand für die Umsetzung aller Massnahmen neu auf 50 bis 60 Millionen und eine Umsetzung erst in den späten 2030er-Jahren. Das ist satt daneben kalkuliert und wer verspricht uns, dass das nicht noch viel teurer kommt.

Beim GD fällt die nach wie vor fehlende Akzeptanz des elektronischen Patientendossiers auf. Lediglich 1.2% unserer Bevölkerung nutzt diese Möglichkeit. Da ist noch viel Luft nach oben.

Dass im Zusammenhang mit dem neuen Standort des FD an der Viaduktstrasse trotz massiver Wohnungsnot in der Stadt nicht einmal geprüft wurde, ob eine Umnutzung des alten Standortes am Fischmarkt in eine Wohnliegenschaft möglich ist, ist für die LDP mehr als bedenklich.

Und zu guter Letzt gibt es bei der Stawa in der Strafbefehlsabteilung eine Erledigungspraxis, die, gelinde gesagt, staatsrechtlich bedenklich ist. Gemäss Artikel 352a Strafprozessordnung wäre die Stawa verpflichtet, zwingend eine Einvernahme der beschuldigten Person durchzuführen, wenn zu erwarten ist, dass ein Strafbefehl eine unbedingte Freiheitsstrafe zur Folge haben wird. Aus Kapazitätsgründen wird aber nur in einem Viertel dieser Fälle die vorgeschriebene Einvernahme durchgeführt, während in allen anderen Fällen praktisch zur Umgehung der Strafprozessordnung unbedingte Geldstrafen verhängt werden, die dann früher oder später wegen Nichtbezahlung in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt werden. Diese Praxis ist inakzeptabel und wird von der Aufsichtsbehörde über die Stawa zu Recht als rechtswidrig bezeichnet.

Ich bedanke mich noch einmal bei der GPK für die wertvolle, unverzichtbare Arbeit und die LDP wird allen Anträgen folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb dankt dem Gerichtsrat und dem Regierungsrat, allen Angestellten der kantonalen Verwaltung und der ausgelagerten Betriebe sowie den Mitgliedern der Kleeblattorganisationen. Sie alle vollbrachten für unseren Kanton auch im letzten Jahr wahre Herkulestaten. Schauen wir uns einige dieser Taten oder auch Untätigkeiten an.

Wenn wir uns im Erziehungsdepartement die Situation der Lehrpersonen anschauen, so müssen wir denken, dass diese sich wie der Nemeische Löwe fühlen. Sie ringen um Luft. Seit Jahren nimmt die Zahl der Krankheitsausfälle an den Basler Schulen zu und das Departement weiss nicht, wie es dazu kommt, so dass die GPK empfehlen muss, dass zuerst mal Zahlen her müssen. Die horrenden Kosten und das System der Stellvertretungen wurden an anderer Stelle schon im Rat diskutiert.

Besonders besorgniserregend ist aber eine andere Untat des Erziehungsdepartements, denn obwohl seit langem bekannt ist, dass die Hitzebelastung an Schulen, vor allem auch vor den Sommerferien ein Problem ist, wurde das Thema über Jahre zu wenig energisch angegangen. Und so wünschte sich wohl manche Lehrperson und manche Schülerin und mancher Schüler, sie wäre der erymanthische Eber und würde irgendwo in den Schnee getrieben, fernab der heissen Klassenzimmer.

Apropos getrieben, wahrscheinlich so manche steuerzahlende Person fühlt sich in Basel-Stadt wie die Kerynitischen Hirschkuh. Da gibt sich eine Person die Mühe und reicht möglichst bald im März die Steuererklärung ein, so muss sie doch



nicht selten ein Jahr lang oder mehr sich gedulden und abwarten, ob zwar nicht ein Pfeil, aber doch wenigstens endlich die Steuerveranlagung im Briefkasten eintrifft.

Wer sich noch tiefer in das Finanzdepartement wagt, wird bald einer inzwischen 172-köpfigen Hydra begegnen. So viele externe Fachleute stehen bei diesem Departement unter Vertrag, eine Zahl, die in den letzten Jahren stark gestiegen ist. 72 Köpfe sind sogar nicht ersetzbar, weil sie im operativen Bereich oder fast ausschliesslich für den Kanton arbeiten. Das wirft doch einige Fragen auf bezüglich Knowhow-Sicherung, der Rolle des Personalgesetzes, der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch der Abhängigkeit.

Vielleicht auch deshalb hat sich die Departementsvorsteherin einen neuen Wachhund angeschafft. Der Zerberos mit Namen Microsoft 365 soll den Kanton besser vor Angriffen schützen. Während aber Herkules eine Exitstrategie aus dem Hades hatte für den Höllenhund, fehlte das strategische Fundament hier und wie die Finanzkommission schon bemerkte, wird sich wohl bald auch die Kostenfrage stellen. Die digitale Versorgung ist eine Kernaufgabe des Staates und die GPK stellt sich hier die Frage, warum nicht mehr mit Bundes- oder anderen kantonalen Behörden Lösungen gesucht werden, um gemeinsam die Souveränität aufrechtzuerhalten.

Und wenn wir hier schon bei diesen Lösungen und Bändigten sind, so hoffen wir doch alle, dass irgendwann auch die Dienststellen des BVD gebändigt werden, dass all die Infrastruktur, Gebäude und alles andere, das sie planen und bauen sollten, dass wir als Parlament oder die Regierung in Auftrag gegeben hat. Das ist keine leichte Aufgabe. Bei der Behindertengleichstellung glaubten wir über Jahre immer wieder, dieser kretische Stier sei gebändigt, aber doch kommt es immer wieder zu Verzögerungen, zu Mehrkosten und deren Gründe sind Legion.

In völlig anderen Sphären ist dagegen das Präsidialdepartement. Wir wissen zwar nicht, was Lumo war, vielleicht ein Stymphalischer Vogel, denn das PD gefällt sich oft mit hochfliegenden Ideen, vielfliegenden Beamten und Magistraten, so dass es tatsächlich vielleicht auch Sinn ergibt, wenn sich das PD ein Rooftop als Horst einrichtet. Ob es weitere solche Horste braucht, stellen wir als Fraktion in Frage. Der Departementsvorsteher, statt sich um das Klima zu kümmern, repräsentiert sehr gerne, aber die repräsentativen Räume wie das Wildt'sche Haus sind eigentlich Leerstände, bei welchen wir uns als Fraktion fragen, ob hier auch das Fair Pay gilt.

Da ist die Börse schon etwas ehrlicher, wenn es um akkurate Preisbildung geht, und das merkt man auch beim WSU mit der Messe Schweiz. Hierbei fragt sich unsere Fraktion aber, wie die Strategie aussieht. Zuweilen kommt das Gefühl auf, dass wir auf der ganzen Welt nach den goldenen Äpfeln der Hesperiden suchen und uns damit die ganze Last der Welt auf die Schultern legen. Wir unterstützen die GPK darin, dass es hier mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit, dem Grossen Rat braucht und klar sein muss, wie der Regierungsrat die Interessen von Basel-Stadt im Verwaltungsrat vertritt.

Die Anbindung und Strategie müssen auch Thema bei den Gerichten sein. Der Vorsitzende des Gerichtsrats hat dies ja bereits gesagt. Während des Hearings in der GPK konnte der Eindruck entstehen, dass es bald zum Kampf zwischen dem Gerichtsrat und Hippolyte kommt. Dabei ist die Lösung offensichtlich. Zur Entlastung des Jugendgerichts und des FU-Gerichts müssen diese anders gegürtet werden. Mit einer Anbindung ans Strafgericht bzw. ans Appellationsgericht könnte hier vielleicht etwas entschärft werden.

Dagegen ist das Schicksal des Claraspitals inzwischen besiegelt. Gleich Diomedes wurde es dem spitalfressenden Ross namens USB vorgeworfen, im Idealfall hat das Gesundheitsdepartement ein grosses Spital mit zwei Standorten geschaffen, das exzellent und effizient unsere Gesundheitsversorgung verbessert und Milliardeninvestitionen zumindest vorerst nicht nötig machen. Aber ob wir als Parlament dieses Spital dann doch noch sehen können und vielleicht entgegen dem Vermögen der beiden Vorsteher der Gesundheitsdepartemente auch die Zusammenarbeit zwischen Baselland und Basel-Stadt ernsthaft neu angehen, wir werden es sehen.

Und Neues braucht es auch bei der Staatsanwaltschaft, die manchmal das Gefühl vermittelt, mit der Verschiebung der Kriminalpolizei zur Kantonspolizei würde auch gleich die Rinderherde des Geryons gestohlen. Obwohl die GPK seit Jahren auf mögliche Verbesserungen in der Geschäftsleitung und der Geschäftsprozesse hinweist, obwohl die Aufsichtskommission der Stawa jedes Jahr ähnliche und wahrscheinlich noch bessere Empfehlungen als die der GPK macht, braucht es nun eine externe Studie, um den Optimierungsbedarf nochmals zu unterstreichen. Und die Stawa bleibt passiv und erweckt den Eindruck, als würde sie ReoS nicht als Chance nutzen wollen, sondern als habe sie in gewissen Abteilungen eher ein Kulturproblem.

Schliesslich sind wir schon bei der letzten der 12. Tat, dem Augiasstall bei der Polizei ausmisten. Dieser Aufgabe wollte sich offensichtlich das JSD annehmen. Die GPK hat dies in ihrem Spezialbericht bereits ausgeführt. Wie auch die Finanzkommission festgestellt hat, ist der Unterbestand immer noch vorhanden. Die Situation hat sich nicht entschärft, zudem stellt sich eine Pensionierungswelle an. Wie dies weitergehen soll, ist für unsere Fraktion zumindest so unklar wie die Situation an der Spitze. Bei der Polizeileitung wurde zwar ausgemistet, aber noch immer warten wir auf eine Nachfolgeplanung für eine Kommandantin oder einen Kommandanten. Unseres Wissens steht im Personalgesetz § 35 Abs. 2 immer noch das maximale Alter von 70 Jahren.



Zum Schluss, das Schöne an einer Demokratie ist, niemand kommt aufgrund seiner Taten in den Olymp und schon gar nicht in den Hades, ausser vielleicht die GPK, welche auch nächstes Jahr die Sisyphusarbeit wieder aufnehmen wird.

Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, den Jahresbericht des Regierungsrats, den Bericht des Gerichtsrats und die Gerichte für das Jahr 2025 und den Bericht der GPK zu genehmigen sowie die Empfehlungen und Forderungen im Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Zur Reinigung des Augiasstalles wurden zwei Flüsse benötigt. Setzen Sie sich daher für die Öffnung des Birsig ein?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ja, weil es ist in Zwischenzeit so heiss, dass mein Hemd nicht nur nass ist, sondern sich auch wie ein Nassos-Hemd anfühlt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Franziska Stier für die BastA.

Franziska Stier (BastA): Zunächst möchte auch ich den Kantonsangestellten danken, die eben auch in schwierigen Situationen dranbleiben und ihr Bestes geben. Der Bericht zeigt, dass bestimmte Probleme sich durch fast alle Departemente ziehen, in unterschiedlichem Ausmass. Es geht um Ressourcen, um Steuerung und darum, ob es gelingt, die Menschen, die mit den Folgen politischer Entscheide leben müssen, frühzeitig und genügend einzubeziehen. Und ich finde, man kann den Bericht auch so lesen, viele Probleme entstehen, weil Dinge zu spät, zu kompliziert, unsystematisch oder mit zu wenig Ressourcen angegangen werden.

Das zeigt sich etwa beim Bau- und Verkehrsdepartement, wenn die GPK erneut fordert, dass die Nutzerdepartemente zum Beispiel mit Blick auf Schulraumplanung, sichere Velowege und Hitzeschutz stärker einbezogen werden müssen. Wir finden, diese Kritik ist ernst zu nehmen, denn schliesslich geht es darum, ob Schulen funktionieren, ob Menschen vernünftige Arbeitsplätze haben und ob die öffentliche Infrastruktur ihren Zweck erfüllt. Wir sehen, dass gerade beim Thema Hitzeschutz einfach zu wenig gemacht wird. Das betrifft nicht nur das ED. Gerade in diesen Tagen leiden nicht nur Schüler*innen oder Lehrpersonen, sondern ziemlich viele Kantonsangestellte, ja, und sogar die ganze Bevölkerung.

Ein zweiter roter Faden, der sich durch den Bericht zieht, betrifft Ressourcen und das Personal. Die personelle Situation in der Gesundheitsversorgung stellt uns für grössere Herausforderungen, grösser noch als die finanzielle Nachhaltigkeit, und das, obwohl wir mit EFAS vor einer ganz neuen Finanzierung stehen, deren Folgen unklar sind. Wir steuern auf einen Mangel bei Hausärztinnen und Hausärzten zu, gleichzeitig brauchen Kinder und Jugendliche mehr niederschwellige Angebote. Nicht jedes Problem darf erst dann sichtbar werden, wenn es bereits eskaliert ist. Prävention und niederschwellige Unterstützung sind eben keine Luxusangebote.

Auch im Bereich der Schulen stehen wir vor grossen Herausforderungen, aber dazu wird sich Heidi Mück später vertiefter äussern.

Auch die Abhängigkeit von externem Knowhow im IT-Bereich sollte uns zu denken geben. Wie mein Vorredner Oliver Thommen gezeigt hat, haben wir 172 externe Spezialist*innen, 72 davon arbeiten im operativen Bereich bei IT BS. Das zeigt, wie schwierig es geworden ist, genügend Fachkräfte dauerhaft an den Kanton zu binden.

Den Personalnotstand bei der Kantonspolizei gleicht der Kanton womöglich mit privaten Sicherheitsfirmen aus. Das mag als temporäre Massnahme zur Bewältigung des Personalnotstands nachvollziehbar sein, aber im Grundsatz dürfen wir hoheitliche Aufgaben nicht outsourcen. Es ist nicht so lange her, dass wir wegen massiver Probleme im Strafvollzug wieder eingegliedert haben. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist klar, gute öffentliche Leistungen entstehen nicht durch Selbstausbeutung und Überstunden und wenn wir Fachkräfte wollen, müssen wir auch bereit sein, in Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen zu investieren.

Ein weiteres Thema, das im Bericht auffällt, ist auch die Frage der Teilhabe. Die GPK weist darauf hin, dass Nutzerinteressen stärker berücksichtigt werden müssen. Das gilt aus Sicht der Fraktion BastA nicht nur für Bauprojekte. Wenn Einsprachen zunehmen, dann ist das auch ein Hinweis darauf, dass Mitwirkungsverfahren früher und besser gestaltet werden müssen, und da reicht es eben nicht, wenn man ein bis zwei Nachmittage oder Abende zusammenkommt. Die Quartierbevölkerung einzubeziehen bedeutet aufsuchende Arbeit und Bedenken ernst nehmen und gemeinsam nach Lösungen suchen.



Zur Teilhabe gehört eben auch der Bereich zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes. Lukas Faesch hat es ebenfalls erwähnt, Menschen mit Behinderung warten seit Jahren darauf, dass ihre Gleichstellung im öffentlichen Raum nicht nur versprochen, sondern auch umgesetzt wird. Wir hätten diesen Auftrag bei der BVB 2023 erfüllen müssen, in Aussicht gestellt wird es nun Ende der 2030er-Jahre. Vielleicht hilft es, wenn ich daran erinnere, dass Mobilitätseinschränkungen die meisten von uns früher oder später treffen werden.

Der dritte wichtige Punkt betrifft Steuerung, Planung oder eben Fehlplanung. Die GPK weist darauf hin, dass die Entwicklung beim motorisierten Individualverkehr in die falsche Richtung geht. Das Ziel, den motorisierten Individualverkehr nicht über das Niveau von 2019 ansteigen zu lassen, ist ohne zusätzliche Massnahmen gefährdet, hält die GPK fest. Wer den Verkehr also reduzieren will, wird um gezielte Planung zur Reduktion nicht herumkommen und um es auch hier nochmal zu sagen, die Neuauflage des Rheintunnels wird dabei nicht helfen.

Ich könnte jetzt auch noch drei Minuten über die IT reden, versuche es aber zu kürzen und springe stattdessen zu einem weiteren problematischen Punkt um, zum Bereich der Sicherheit. Im Zuge des Personalnotstands bei der Kantonspolizei kam immer wieder die Frage auf, ob Basel ein Sicherheitsproblem habe. Diese Frage ist berechtigt. Der GPK-Bericht zeigt aber auch, das eigentliche Sicherheitsproblem liegt bei der Staatsanwaltschaft. Trotz massiver Aufstockung in den letzten Jahren hängt die Staatsanwaltschaft ihren Aufgaben hinterher. Von den 106'359 pendenten Verfahren werden lediglich 5'734 aktiv bearbeitet. Das erweckt den Eindruck, dass Strafverfahren in Basel eine Art Glücksspiel sind. Auf der einen Seite haben wir Intensivermittlungen rund um den 1. Mai 2023 und auf der anderen Seite haben sich Geldwäschefälle vermutlich als Teil der organisierten Kriminalität in den letzten Jahren verdreifacht und 2025 passierte dazu genau nichts. Es gibt weder Kennzahlen noch eine systematische Erfassung der Anzeigen in diesem Bereich und auch ein dringend nötiger systematischer Austausch mit der Kantonspolizei fehlt dazu.

Aber es wird noch schlimmer. Einer der wichtigsten Punkte in einem Justizsystem ist der Glaube, dass das System gerecht ist oder zumindest in Ansätzen Gerechtigkeit herstellen kann, dass es Ausgleich und Anerkennung für erfahrenes Leid schafft. Aber wir sind an einem Punkt, an dem das nicht mehr so passiert. Die Sanktionswahl unseres Rechtssystems wird systematisch an die Ressourcenlage angepasst. Wer eigentlich eine Freiheitsstrafe kriegen müsste, erhält eine Geldstrafe, weil es keine Einvernahme gab. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin keine Freundin von Haftstrafen und das letzte, was ich sehen möchte, sind überfüllte Gefängnisse, aber es kann doch nicht sein, dass Strafbemessung ein bisschen wie Glücksspiel ist. Hat die Staatsanwaltschaft Ressourcen oder hat sie sie nicht? Angesichts von über 100'000 pendenten Verfahren müssen wir Prioritäten, Struktur und Schnittstellen schaffen und priorisieren heisst, dass wir uns auch die Frage stellen müssen, welche Delikte mit welcher Priorität verfolgt werden sollen. Strafverfahren wegen Schwarzfahren im Zug, die Anordnung von Ersatzfreiheitsstrafen, das sind Delikte, die in der aktuellen Situation von der Agenda gehören.

Für uns als Fraktion BastA ist die wichtige Botschaft dieses Berichts eigentlich eine sehr einfache. Die GPK fordert an vielen Stellen bessere Mitwirkung, bessere Planung, frühere Korrekturen und ausreichende Ressourcen, denn ein starker Service Public entsteht nicht von selbst, es braucht Menschen, die ihn tragen und einen Staat, der ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung stellt. In diesem Sinne beantragt die Fraktion die Genehmigung des Berichts.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Gerne würdige ich namens der Fraktion Mitte-EVP den Rechenschaftsbericht der GPK und damit auch den Jahresbericht des Regierungsrates. Dem Dank an die verschiedenen Amtsstellen und involvierten Gremien schliessen wir uns an, unsere Fraktion dankt aber auch insbesondere der GPK für die gründliche Arbeit und den umfassenden Rechenschaftsbericht. Bei diesem Fraktionsvotum konzentriere ich mich nicht primär auf Einzelbefunde im Bericht, sondern auf gewisse Muster, die sich über die Departemente hinwegziehen.

Vorweg das Erfreuliche, denn es gehört zur Redlichkeit, auch solches festzuhalten, unser Kanton funktioniert. Die Verwaltung erbringt Tag für Tag verlässliche Leistungen, noch ist die Finanzlage stabil und in mehreren Bereichen anerkennt die GPK ausdrücklich gute Arbeit. Etwa bei der zwar erzwungenen, aber gelungenen Integration des Lufthygieneamtes, bei der frühen Deutschförderung, deren Nutzen nun wissenschaftlich belegt ist, oder bei der Jugendanwaltschaft, die das Beschleunigungsgebot einhält. Auf diesem Fundament dürfen wir aufbauen, aber wir tun dem Kanton keinen Dienst, wenn wir die strukturellen Schwächen schönreden.

Der erste rote Faden, der unsere Fraktion beschäftigt, ist das Kostenmanagement. Und ich sage bewusst, es ist im Kern kein technisches, sondern ein Haltungsproblem. Es fehlt zu oft am Kostenbewusstsein und an der Ausgabendisziplin, an der schlichten Einsicht, dass ein bewilligtes Budget eine Obergrenze ist und kein Betrag, den man ausschöpfen muss. Ein Beispiel steht exemplarisch für vieles, das Fallführungssystem der Sozialhilfe Citysoftnet. 2015 hat dieser Rat dafür 7,5 Mio. Franken bewilligt. Inzwischen sind die Ausgaben in zwei Etappen auf 27 Mio. Franken angewachsen, eine Steigerung von 259%. Eingeführt wird das System frühestens 2027. Die Verwaltung räumt selbst ein, sie habe die Komplexität unterschätzt und die Anforderungen mit zu geringer Planungstiefe beschrieben.



Und das ist kein Einzelfall. Die Mietkosten des Kantons sind seit 2022 bei den externen Mietern um fast 20 Mio. Franken auf über 50 Mio. Franken gestiegen. Die Kosten für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes, ein berechtigtes Anliegen, sind von 30 auf geschätzte 50 bis 60 Mio. Franken angewachsen und die Umsetzung zieht sich bis in die späten 2030er-Jahre. Bei IT BS lag allein der Sach- und Betriebsaufwand 5.3 Mio. Franken über Budget. Jede Zahl mag für sich erklärbar sein, in der Summe zeigen sie eine Verwaltung, die beim Planen, Schätzen und vor allem beim Beherrschen ihrer Kosten zu viele Schwächen zeigt. Was es braucht, ist kein neues Instrument, sondern eine Kultur der Ausgabendisziplin. Die Bereitschaft, ein Projekt auch zu stoppen, wenn es aus dem Ruder läuft, statt den Point of no Return abzuwarten. Und es braucht ergänzend endlich ein verlässliches und konsequentes Benchmarking mit anderen Kantonen, damit wir Kosten und Effizienz überhaupt einordnen können. Aber das Benchmarking ist die Kontrolle, die eigentliche Aufgabe ist die Disziplin davor.

Damit verbunden ist eine Grundsatzfrage, nämlich die der Ressourcenallokation. Tut der Kanton genug, um vorhandene Mittel richtig einzusetzen und Synergien zu nutzen? Die GPK hat das am Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt aufgezeigt. Auf die schriftliche Frage nach Doppelspurigkeiten hiess es zunächst, es bestünden keine wesentlichen. Auf mündliche Nachfrage räumte der Departementsvorsteher dann ein, dass KESB und ABES doch sehr nahe beieinander liegen und dort die grössten Synergien zu realisieren wären. Genau hier erwarten wir mehr, dass die Verwaltung Synergiepotenziale aktiv und von sich aus und ergebnisoffen sucht, statt sie auf Nachfrage erst als möglich einzuräumen.

Der zweite rote Faden, der uns beunruhigt, ist die Informatik und sie ist mehr als ein technisches Thema. Der Entscheid des Regierungsrats für eine Cloud-Lösung führt zu Spannungen, die bis in die Justiz reichen. Die Gerichte bauen inzwischen eine eigene IT-Organisation ausserhalb des Kantons auf für 2 Mio. Franken Investition und 1 Mio. Franken jährlich. Ich werte hier nicht den einzelnen Technologieentscheid, aber wenn ein Teil des Staates dem anderen die gemeinsame Datenhaltung nicht mehr anvertraut, deutet das auf eine fehlende Gesamtstrategie für datenschutzkonforme Lösungen hin.

Und hier liegt uns ein Punkt am Herzen, der über den Bericht hinaus weist. Wir dürfen den Datenschutz nicht so eng auslegen, dass unser Kanton bei der Entwicklung und beim Einsatz künstlicher Intelligenz zum Beispiel den Anschluss verliert. Datenschutz ist ein hohes Gut, aber falsch verstanden oder überschüssig umgesetzt, wird er zur Innovationsbremse. Was es braucht, ist eine Strategie, die Sicherheit und Fortschritt zusammenbringt, statt sie gegeneinander auszuspielen. Die IT-Zentralisierung im Projekt Pharos unterstützen wir, wir erwarten aber eine Antwort, die den Kanton wieder zum souveränen Herr seiner Systeme macht und ihn zugleich zukunftsfähig hält.

Lassen Sie mich, wie schon zwei meiner Vorredner*innen, noch einen Moment beim heikelsten Kapitel verweilen, der Strafverfolgung. Hier geht es nicht lediglich um Effizienz, sondern um das Strafverfolgungsversprechen unseres Rechtsstaats und dieses Versprechen wird derzeit nicht eingelöst. Bemerkenswert ist, die Feststellungen der GPK decken sich mit dem diesjährigen Bericht der Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft, der mittlerweile auf der Webseite des Justiz- und Sicherheitsdepartements öffentlich zugänglich ist. Zwei unabhängige Aufsichtsorgane kommen zum selben ernüchternden Befund. Die Kriminalpolizei führt über 106'000 pendente Verfahren. Sie müssen sich diese Zahl auf der Zunge zergehen lassen, 106'000 pendente Verfahren, von denen nur ein Bruchteil aktiv bearbeitet wird. So mussten 2025 fast 3'500 Verfahren wegen Verjährung eingestellt werden, 94 davon mit namentlich bekannter Täterschaft. Ich will hier fair bleiben, es handelt sich dabei überwiegend um Antragsdelikte wie Ehrverletzungen und die Staatsanwaltschaft priorisiert die schweren Delikte zu Recht, aber jeder einzelne dieser 94 Fälle bedeutet, dass der Staat einen Täter kannte und ihn dennoch laufen lassen musste, weil die Zeit fehlte. Das ist die Nichteinlösung des Strafverfolgungsversprechens in ihrer konkretesten Form und ein Alarmzeichen dafür, wie überfordert die Strafverfolgungsbehörden derzeit sind.

Noch schwerer als die Verjährung liegt die Untätigkeit, es wurde auch schon genannt, bei der organisierten Kriminalität und der Geldwäscherei. Bei der organisierten Kriminalität gibt es laut Aufsichtskommission mangels Ressourcen faktisch keine Bekämpfung und bei der Geldwäscherei, insbesondere über sogenannte Fassadenbetriebe, sie wurden genannt, wurde im Berichtsjahr trotz fast verdreifachter Verdachtsmeldungen kein einziges Verfahren eröffnet. Es fehlt an der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei und anderen Ämtern, wie sie andere Kantone längst kennen. Die zuständige Departementsvorsteherin hat vor der GPK selbst eingeräumt, hier sei tatsächlich zu wenig gemacht worden. Gerade hier zeigt sich, effiziente Strafverfolgung ist kein Selbstzweck und keine blosse Ordnungsfrage, sondern Schutz vor objektiv schwerer organisierter Kriminalität und damit auch Opferschutz.

Dazu kommt drittens, auch schon erwähnt, Artikel 252a der Strafprozessordnung, die gesetzlich vorgeschriebene Einvernahme wird in drei von vier Fällen nicht durchgeführt mit der Folge einer mildernden Strafe. Die Aufsichtskommission nennt diese Praxis unmissverständlich rechtswidrig. So weit wollte die GPK gar nicht gehen, sie nannte es rechtsstaatlich problematisch. Wir sind froh, dass die Aufsichtskommission deutlicher wurde, es ist eine rechtswidrige Praxis.

Verjährte Fälle, trotz bekannter Täter, faktisch keine Verfolgung von Geldwäscherei, eine nur zu einem Viertel erfüllte gesetzliche Pflicht, in der Summe ist die Strafverfolgung in unserem Kanton in besorgniserregendem Zustand. Es geht um ein drohendes Systemversagen, das wir nicht hinnehmen dürfen. Aber, meine Damen und Herren, und das gehört zur Ehrlichkeit dazu, dieser Rat muss sich einen Teil davon selbst zuschreiben. Wir wählen die Spitzen dieser Strafverfolgungsbehörden. Sie sind unabhängig von Regierung und Verwaltung. Die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft



nehmen wir ernst, aber Unabhängigkeit ist nicht Verantwortungsfreiheit. Wir erwarten von dieser Behörde, dass sie auch mit beschränkten Mitteln, mit einer anspruchsvollen Strafprozessordnung und unter schwierigen Begleitumständen ihre Tätigkeit konsequent optimiert, dass sie Pendenzen gezielt abbaut, Engpässe bei besonders belasteten Stellen aktiv angeht und die heute verfügbaren Hilfsmittel nutzt, bis hin zu modernen und leistungsfähigen Werkzeugen zur Verarbeitung grosser Datenmengen.

In diesem Sinne genehmigt die Fraktion Mitte-EVP antragsgemäss den Jahresbericht des Regierungsrates, den Bericht der Gerichte und den GPK-Bericht und nimmt die Empfehlungen und Forderungen der GPK im zustimmenden Sinne zur Kenntnis, mit der Erwartung, dass diese von den Verantwortlichen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern umgesetzt werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, soweit vorhanden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Viel wurde schon gesagt, noch mehr wird gesagt werden, ich halte mich entsprechend kurz. Zusammen mit Kollega Miozzari bin ich in der GPK Ressortverantwortlicher für das BVD und werde mich in diesem Votum im Wesentlichen auf das BVD beschränken. Dieses Departements ist ja verantwortlich für die Baustellen im Kanton und damit wird ihm in vielen Jahren die Arbeit nicht ausgehen. Aber neben diesen externen, sichtbaren Baustellen gibt es eben auch departementsinterne Baustellen. Eine ganz grosse Baustelle wurde ja gestern im GPK-Sonderbericht zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat thematisiert, worauf wir dann nach den Sommerferien im Grossen Rat ausführlich eingehen werden. Ich freue mich jetzt schon auf die Debatte, aber an dieser Stelle jetzt verzichte ich auf Ausführungen zu dieser Baustelle.

Für uns in der SVP ist ja die Entwicklung des Stellenetats des Kantons immer ein besonderes Augenmerk wert. Wir fragten deshalb die Regierung, wie sich im BVD die festen und die befristeten Stellen entwickelt haben und zu allen neuen Stellen, fest und befristet, fragten wir, welcher Grossratsbeschluss diesen Stellen zugrunde liege. Fazit: Im 2025 ist das BVD um 5.8 feste Vollzeitstellen gewachsen, bei den befristeten Stellen ist eine Abnahme von 1.6 Vollzeitstellen ausgewiesen.

Auffällig bei diesem Thema sind zwei Punkte. Auf unsere Frage, aufgrund welcher Grossratsbeschlüsse die neuen Stellen geschaffen worden seien, erhielten wir keine konkrete Antwort. Die einzige Aussage des BVD war, dass die Stellen im ordentlichen Budgetprozess bewilligt worden waren. Danach war aber überhaupt gar nicht gefragt worden, wir haben keine Zweifel daran, dass diese Stellen in einem rechtlich zulässigen Rahmen geschaffen worden sind. Vielmehr wurde uns gesagt, dass sie Stellen nicht immer einem bestimmten Grossratsbeschluss zuordnen lassen. Ja, das erstaunt aber doch sehr, müssen doch für alle Staatsausgaben ein Gesetz, ein Budget und ein Grossratsbeschluss vorliegen. Das kann ein Einzelbeschluss sein, kann auch eine Rahmenbewilligung sein, aber dieser Beschluss, das muss sich nachvollziehen lassen. Die SVP hält es für die Transparenz der Staatsausgaben, speziell der Personalausgaben, für essenziell, dass der Regierungsrat hier detailliert Auskunft geben kann. Das war hier im gewünschten Masse nicht der Fall und wir bleiben am Ball. Ich hoffe, der Regierungsrat hört hier genau zu und wird uns nächstes Jahr bessere, vor allem vollständige Antworten geben können.

Der zweite Punkt ist, dass von den total bewilligten Stellen im BVD 16 Stellen nicht besetzt worden sind. Man könnte das so auslegen, dass das BVD Probleme habe, Stellen zu besetzen, aus welchen Gründen auch immer. Wir in der SVP sehen das positiv, dass 16 Stellen nicht besetzt worden sind, heisst, dass das BVD seine Ausgaben mit weniger als den geforderten Stellen ausführen kann. Mir jedenfalls sind keine Klagen zu Ohren gekommen, dass das BVD seine Aufgaben nicht erfüllen könne wegen fehlender Stellenbesetzung. Ein kleiner Lichtblick, geniessen wir den Moment und freuen uns darauf, dass das BVD auch im nächsten Jahr mit weniger als den geforderten Stellen auskommt, kann sich dann ein gutes Beispiel am 2025 nehmen.

Weniger erfreulich ist, dass im BVD im 2025 deutlich weniger Lehrstellen und Praktika besetzt worden sind als im Vorjahr und als prognostiziert. Waren es im 2024 noch 51 Stellen, sind es im 2025 anstelle der prognostizierten 60 Stellen noch 44. Die Verantwortlichen erklärten, es handle sich um ein schweizweites Problem. Ja, meine Damen und Herren, ich bitte Sie, es ist doch völlig egal, ob das Problem auch in anderen Kantonen besteht oder nicht. Wenn es in anderen Kantonen nicht funktioniert, wenn Sie Probleme haben, heisst das doch nicht, dass wir in Basel auch die gleichen Probleme haben sollen. Schlecht und schlecht ist nicht gut, es ist zweimal schlecht. Die Verantwortlichen sagten uns, sie seien daran, die WMS-Praktika und Lehrstellen so zu gestalten, dass sie für die Lehrlinge interessant seien. Ja, das wollen wir doch hoffen. Sie seien bemüht, dass sie gut aufgestellt sind. Dann wurden sie auf konkrete Massnahmen angesprochen, da kam keine Antwort. Es wurden uns keine konkreten Massnahmen genannt, das ist doch überraschend, vor allem bedenklich. Die SVP erwartet hier zeitnah konkrete Massnahmen zur Förderung von Jugendlichen im Bereich Praktika und Lehrstellen.

Ein weiteres leidiges Thema sind die Verzögerungen, welche die GPK im Bericht beim Tiefbauamt anspricht. Ein Grund für die Verzögerungen, wenn auch nicht der einzige, sind Einsprachen und Rekurse. Hier hat das BVD im Januar dieses Jahres öffentlich reagiert. Immerhin, man hat das Problem in diesem Fall erkannt und hat sich dem Problem gestellt und will Verbesserungen machen. Wir anerkennen diese Bemühungen, wir erwarten aber, dass nicht nur geprüft wird, die BVD sagt,



es werde geprüft, wir erwarten, dass umgesetzt wird. Ich persönlich habe den Eindruck, hier in Basel sind wir Weltmeister im Prüfen. Wenn die Regierung im Umsetzen gleich gut wäre wie im Prüfen, wäre das ein sehr grosser Beitrag zu einem lebenswerten Kanton.

Aber zum Abschluss doch noch ein paar allgemeine Bemerkungen zur Arbeit des Regierungsrats in der Berichtsperiode. Es zieht sich wie ein roter Faden durch alle Projekte, dass Verzögerungen entstehen und vor allem das Budget überschritten wird. Der Regierungsrat hat es in vielen Jahren fertiggebracht, uns Parlamentarier darauf zu trimmen, dass wir Nachtragskredite wie ein gottgegebenes Ereignis über uns ergehen lassen und als «Courant normal» abnicken. Das ist eine Fehlentwicklung, der dringend begegnet werden muss.

Dazu kommen, dass in letzter Zeit diverse gravierende Fehlleistungen passiert sind, ich erinnere an den Fauxpas der Staatskanzlei, Fehler, die nicht entschuldbar sind. Das ganze Fiasko mit den immensen Mehraufgaben der Hafenbahn, das passt sehr gut ins Bild. All diesen Vorkommnissen ist gemeinsam, dass sie immense negative Auswirkungen auf das Vertrauen der Öffentlichkeit in unser Staatswesen und das Funktionieren von Regierung und Verwaltung haben. Es sind nicht einfach die Fehler, die passiert sind, ja, die Fehler, die sind menschlich, das ist Teil des Menschen, schlimm sind die negativen Langzeitwirkungen, die sie auslösen. Vertrauen verlieren geht schnell, es wieder aufbauen ist ein langer Prozess. Die SVP fordert den Regierungsrat auf, gerade bei diesem Thema seine Verantwortung wahrzunehmen. Die Führung eines Departements, das ist Handwerk. Die vornehmste Aufgabe des Regierungsrates ist, das Vertrauen der Bevölkerung in Regierung und Verwaltung zu fördern und zu erhalten. Es nimmt mich wunder, wie sich dieses Thema im jetzigen Berichtsjahr entwickeln wird. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir dazu auch Kommentare abgeben werden.

Zum Abschluss trotz dieser Ausführung bitte ich Sie namens der Fraktion der SVP, dem Bericht zuzustimmen, den Grossratsbeschluss anzunehmen und danke Ihnen dafür.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die GLP dankt der Geschäftsprüfungskommission für ihren ausführlichen Bericht und die grosse Arbeit, die dahintersteckt. Persönlich bedanke ich mich bei der Kommission, dass ich kurzfristig so herzlich aufgenommen wurde.

Der Bericht würdigt viele positive Entwicklungen, gleichzeitig zeigt die GPK auf, wie wichtig es ist, die Wirkung der getroffenen Massnahmen systematisch zu prüfen. Es muss erkennbar sein, ob die angestrebten Ziele erreicht werden. 109 Feststellungen legt die GPK vor, die im Grunde dieselbe Geschichte erzählen. Basel-Stadt hat nicht in erster Linie ein Erkenntnisproblem. Strategien gibt es, Konzepte gibt es, politische Beschlüsse ebenfalls. Die eigentliche Herausforderung beginnt danach, nämlich bei der Umsetzung, bei der Überprüfung der Wirkung und bei der Bereitschaft, daran die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das ist für die GLP der Kern dieses Berichts.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Broschüre vom Legislaturplan. Politische Ziele müssen überprüfbar sein. Fehlen klare Indikatoren und Erfolgskontrollen, kann der Grosse Rat am Ende nicht beurteilen, ob die vom Regierungsrat gesetzten Ziele erreicht werden. Dieses Muster begegnet uns im Bericht immer wieder. Fehlende Datengrundlagen, ungenügende Kennzahlen, mangelnde Transparenz oder fehlende Erfolgskontrollen. Das wirkt auf den ersten Blick vielleicht ein wenig technisch. Tatsächlich geht es aber um etwas Grundsätzliches. Strategien und Konzepte nützen wenig, wenn am Ende niemand weiss, ob sie das Problem tatsächlich lösen.

Gerade bei der Digitalisierung zeigt sich das besonders deutlich. Digitalisierung braucht Innovation, aber genauso braucht es Datensicherheit, digitale Souveränität, langfristige Planung und eine verantwortungsvolle Steuerung. Dass Basel-Stadt sich zunehmend auf externe Fachkräfte stützt, gibt uns darum zu denken. Externe Expertise kann bei grossen Projekten sinnvoll sein, wenn strategisch wichtiges Wissen jedoch dauerhaft ausserhalb der Verwaltung liegt, stellt sich für uns die Frage, wie unabhängig und steuerfähig der Kanton langfristig bleibt. Wie wichtig eine professionelle Steuerung digitaler Projekte aber ist, zeigt exemplarisch das Projekt Citysoftnet. Die massiven Mehrkosten machen deutlich, dass eine realistische Projektgrundlage, eine konsequente Projektsteuerung, eine laufende Überprüfung von Kostenrisiken und Zielerreichung entscheidend sind. Und wenn Projekte in eine falsche Richtung laufen, müssen Verantwortlichkeiten klar sein und Korrekturen rechtzeitig erfolgen.

Besonders nachdenklich stimmen auch uns die hohen krankheitsbedingten Absenzen bei den Lehrpersonen. Auch wenn das Thema heute schon oft thematisiert wurde, nehme ich es hier kurz auf. Für uns ist das nicht mehr einfach eine Personalfrage, sondern ein gewichtiges Warnsignal. Wenn die hohe Belastung trotz zusätzlicher Ressourcen weiter zunimmt, ist das ein klares Zeichen, dass wir unbedingt genau hinschauen, vor allem aber handeln müssen. Hohe Krankheitsausfälle können auch darauf hindeuten, dass Arbeitsorganisationen, Führungsstrukturen oder Prioritätssetzungen überprüft werden müssen. Wir unterstützen deshalb die Forderung der GPK nach einer vertieften Ursachenanalyse ausdrücklich. Es braucht die Entwicklung nachhaltig wirksamer Lösungen und dann die Umsetzung wirksamer Massnahmen.



Auch der Hitzeschutz an Schulen zeigt exemplarisch, dass komplexe Herausforderungen nicht isoliert gelöst werden können. Dass die GPK eine engere Zusammenarbeit der zuständigen Stellen departementsübergreifend fordert, müsste doch seit langem eine Selbstverständlichkeit sein. Wie sonst sollen auf Erkenntnisse endlich konkrete, kurz- und langfristige Massnahmen folgen, die die Schulen auch wirklich entlasten. Und natürlich stimme ich unserem Regierungspräsidenten zu, auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel den Spitälern und Altersheimen braucht es einen wirksamen Hitzeschutz.

Die GPK hat in ihrem Bericht viele weitere wichtige Themen und Schwerpunkte vertieft untersucht, nicht alle können wir heute ansprechen. Hier verweise ich auf das Eingangsvotum vom GPK-Präsidenten. Für die GLP ist der Bericht insofern weit mehr als eine Sammlung von Feststellungen, er ist ein klarer Auftrag, staatliches Handeln wirksamer zu steuern. Wir unterstützen die Stossrichtung der Geschäftsprüfungskommission ausdrücklich und erwarten vom Regierungsrat, dass die Empfehlungen konsequent aufgenommen und umgesetzt werden.

Wir bitten den Grossen Rat, den Bericht der GPK zu genehmigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Christophe Haller.

Christophe Haller (FDP): Fehler machen ist menschlich, auch Firmen und Organisationen machen Fehler. Wichtig ist, diese allerdings rasch zu erkennen und entsprechend zu handeln und so besser zu werden. Um besser zu werden, ist das Benchmarking mit ähnlich gelagerten Organisationen die richtige Methode. Man hat allerdings in Basel-Stadt etwas, und das über alle Departemente hinweg, das Gefühl, der Grundsatz von Best Practice, also schauen, wer eine ähnlich gelagerte Auflage wie löst, diesem Grundsatz wird wenig nachgelebt. Die FDP schliesst sich deshalb mit Nachdruck der GPK an und fordert periodische Vergleiche mit anderen Kantonen in verschiedenen Bereichen. Der Bericht der GPK zeigt exemplarisch, dass es wichtig ist, dass wir als Parlament einen Blick auf die Tätigkeiten der Verwaltung werfen. Die allergrösste Mehrheit unserer Kantonsangestellten macht einen guten Job zugunsten der Bevölkerung. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt.

Dennoch werden einige richtige Fragen im Bericht aufgeworfen. Die Zunahme der Mietkosten für vom Kanton genutzte Büroräumlichkeiten in den letzten zehn Jahren um rund 100% wirft Fragen auf. Werden die Räumlichkeiten effizient genutzt, sind gewisse Dienste in Räumlichkeiten untergebracht, die sinnvollerweise zu Wohnzwecken verwendet werden könnten. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Forderung der GPK, die eine Praxisänderung wünscht, indem bei Leerstand von Verwaltungsliegenschaften zu prüfen ist, ob eine Umnutzung in Wohnen möglich ist. Das könnte zu einer gewissen Entlastung bei der sogenannten Wohnungsnot führen. Wenn durch das Anmieten von Büros in Fremdliegenschaften bestehender Büroraum in Wohnraum umgenutzt werden kann, so ist das für die FDP ein unterstützenswerter Schritt. Wir erwarten dabei aber eine gewisse Sensibilität und können nicht richtig nachvollziehen, wieso sich Ämter wie das Stadtmarketing oder Messen und Märkte an eine der teuersten Lagen der Stadt einmieten.

Bei der Mobilität stellen wir fest, dass die vielen Disziplinierungsversuche der Regierung zur Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs den Interessen der Bevölkerung zuwiderlaufen. Der Motorisierungsgrad in Basel-Stadt nimmt nach wie vor zu. Vielleicht wäre es an der Zeit, in diesem Punkt sich zu überlegen, ob man statt Disziplinierung auf eine den Wünschen der Bevölkerung angepasste Politik setzen sollte und den motorisierten Individualverkehr nicht behindern, sondern so kanalisieren sollte, dass der lange Umweg und Parkplatzsuchverkehr auf ein Minimum reduziert werden könnte. Auf jeden Fall unterstützen wir die Erwartung der GPK bezüglich Quartierparkings.

Auf drei kleine Punkte möchte ich noch speziell eingehen. Die Veranlagungsrückstände bei den Einkommens- und Vermögenssteuern sind seit Jahren hoch. Die Empfehlung der GPK, vermehrt auf automatische Veranlagungen zu setzen, scheint angesichts dieses Pendenzenbergs richtig. Ich bin froh, dass das FD das Problem erkannt hat und, wie kürzlich mitgeteilt, mit Hilfe von algorithmischen Systemen unterstützt, die Situation verbessern will.

Hingegen erscheint mir das Vorgehen bezüglich Versicherungen des Kantons beim FD etwas naiv. Die Gründe für die Liquidierung der Rimas sind nicht nachvollziehbar. Mit der Eingliederung der betroffenen Mitarbeitenden in die Verwaltung wird man Knowhow verlieren, da diese nicht mehr FINMA-Prüfungen ablegen müssen und es schwierig haben werden, Dienstleistungen für ausgelagerte Betriebe weiterhin anbieten zu können. Gescheiter wäre es gewesen, die Rimas aufzulösen und einen externen Versicherungsbroker beizuziehen. So machen es andere Kantone. Die Forderung der GPK nach einer Versicherungsstrategie ist sehr gut nachvollziehbar.

Die tiefe Erwerbsquote bei den Geflüchteten im Vergleich zu anderen Kantonen zeigt einmal mehr, dass Basel Finish oftmals der schlechtere Weg ist. Die Strategie des vorgelagerten Spracherwerbs geht nicht auf und bringt nicht die gewünschten Resultate. Wie eingangs erwähnt, man darf Fehler machen, muss aber, wenn man sie erkennt, den Mut zur Korrektur haben. Dies erwarten wir vom WSU.

Die FDP-Fraktion dankt der GPK für den guten Bericht und bittet Sie, ihn zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht angenommen. Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Vorerst möchte ich der Verwaltung für die immense Arbeit danken, die sie jedes Jahr macht für die Bevölkerung und die Aufträge, die wir ihr geben. Ich möchte mich auch bei der GPK bedanken für die gewissenhafte Arbeit. Ich finde es auch sehr schön, dass die GPK mit Hochdruck daran arbeitet, dass wir diesen Bericht schon vor den Sommerferien haben und bearbeiten können. Ich persönlich denke doch, für Personen ausserhalb der GPK wäre es schön, sich ein paar Wochen mit diesem Bericht auseinandersetzen zu können. Wie Sie auch an der Rednerliste sehen, kommt sonst ein bisschen das Risiko auf, dass es einfach eine weiterführende Diskussion von GPK-Mitgliedern wird.

Was ich hervorheben will, wenn ich diesen Bericht lese, ist, dass offenbar die kantonale Verwaltung den kantonalen Risikobericht nicht vollständig oder nicht in sinnvollem Zeitablauf zeigen konnte oder wollte. Es kann natürlich schlichtweg nicht sein, dass eine Oberaufsicht ihre Aufgabe nicht wahrnehmen kann und ich denke, hier ist eine vertiefte Prüfung notwendig, ob das wirklich so korrekt ist oder nicht. Das gleiche gilt auch für die Datenlage der Staatsanwaltschaft, die ja angekreidet wurde. Die Wirkungskontrolle sei hier nicht möglich, wie die GPK berichtet. Und was ich auch gesehen habe, ist, dass diese Demostatistik, die ja schon mal eine Forderung war, offenbar nicht so aufgearbeitet wurde, wie man das gebraucht hätte, obwohl die technische Möglichkeit heute bestehen würde.

Ich komme nun inhaltlich zum Bericht. Was mir aufgefallen ist, sind so ein bisschen drei grosse Themenfelder, die sich durch sehr viele Departemente gezogen haben. Das sind einerseits Fragen rund um Digitalisierung und Datenschutz, zweitens Fragen rund um externe Ressourcen und Unabhängigkeit und drittens Probleme mit Ressourcen, insbesondere Personalressourcen und Verzögerung.

Zum ersten Punkt, zur Digitalisierung, einfach mal exemplarisch. Wir sprechen da von E-Voting-Problemen, von Diskussionen über externe Cloud-Dienstleistungen zwischen Verwaltung, Gerichten und Datenschutzbeauftragter, wir reden von Doppelzahlungen, die auf technische Fehler zurückzuführen sind, und teurere Fallführungssysteme. Bei der Digitalisierungsfrage fällt auch beim BVD zum Beispiel diese Roadmap auf, welches ich mal grundsätzlich sehr positiv finde. Auf der negativen Seite wurden keine dieser Massnahmen vollständig umgesetzt, auf der dagegen sehr positiven Seite ist eine Massnahme mit den Einspracheverfahren sogar umgesetzt, die nicht mal in der Roadmap ist, das heisst, wir können uns darauf freuen, dass wir am Schluss mehr Digitalisierungsprojekte umgesetzt sehen beim BVD, als in dieser Roadmap festgehalten wurde. Ich freue mich auf die Umsetzung der weiteren. Ich bin froh, dass die GPK bei diesen Digitalisierungsprozessen sehr genau hinschaut. Es ist wichtig, dass man technische Möglichkeiten nutzt, es ist aber auch wichtig, dass man mit diesen nicht blind in irgendwelche Risiken und Abhängigkeiten zusteuert.

Vor diesem Hintergrund ist zum Beispiel die Zentralisierung der IT-Infrastruktur hervorzuheben. Es ist sehr wichtig, dass wir ein zentrales internes IT-Knowhow haben. Um das zu bewerkstelligen, da sind sicher die Departemente und Ämter in die Pflicht zu nehmen, dass sie nicht unnötige Einzellösungen verlangen und so nicht eine Gesamtstrategie erschweren. Grundsätzlich wären eigentlich davon ausgenommen Ämter, die besonderen Vertrauensschutzbedarf haben, ich möchte aber hier betonen, dass ich persönlich davon erwarte, dass eine zentrale Verwaltungs-IT doch genug Vertraulichkeitsansprüche abdeckt, dass sich da alle Verwaltungen wohlfühlen. Wir unterstützen also, dass dieses IT-Knowhow intern auf- und ausgebaut wird, was mich zum nächsten Punkt bringt.

Zum zweiten Punkt, die internen statt die externen Ressourcen, was wir auch schon gehört haben. Dem GPK-Bericht kann entnommen werden, dass im Berichtsjahr, wir haben es gehört, 172 externe Spezialist*innen für die IT BS tätig waren. Nach dem, was heute der Regierungspräsident erklärt hat, möchte ich ein bisschen relativieren und hier zum Punkt kommen, dann ist einfach sehr wichtig, dass bei grossen Einführungsprojekten sichergestellt wird, dass dieses IT-Knowhow intern während diesem Zeitraum aufgebaut wird, dass nicht durch diese Grossprojekte eine Abhängigkeit entsteht. Und ebenfalls in Bezug auf diese Abhängigkeit ist sicherzustellen, dass bei Cloud-Angeboten durch Grosskonzerne zum Beispiel die Empfehlung für eine Exit-Strategie unterstützt wird.

In dieser Kategorie sind auch die teuren und zahlreichen Anmietungen zu erwähnen. Ja, Kosten können teilweise kompensiert werden, aber es ist darauf zu achten, dass man auch die Planbarkeit der Kosten, die Planbarkeit der Standorte an Externe ausgibt und auch da eine gewisse Abhängigkeit der Verwaltung von Privaten entstehen lässt.

Bei Sicherheitsdiensten der Verwaltung ist hier sehr fest darauf hinzuweisen, dass bei privaten Sicherheitsfirmen staatsgewaltgerechte Qualitäts- und Kontrollstandards eingeführt werden müssen, diese kontrolliert werden, diese auch umgesetzt werden, und ich stelle mir die Frage, ob dann dieses Outsourcing überhaupt noch Vorteile bringt, ich habe eher das Gefühl, Sie bringen nur dann Vorteile, wenn man eben genau diese Kontrollmechanismen nicht umsetzen möchte. Diese exemplarische Auflistung lässt ein bisschen das Gesamtbild aufkommen, so verstehe ich, dass man ein bisschen Angst hat, dass sich die Verwaltung in eine gewisse Abhängigkeit manövriert. Ob das stimmt oder nicht, kann ich ja nicht einschätzen



von aussen, aber ich denke, jetzt mal als Ratsmitglied wäre es mir wichtig, dass man in Zukunft, falls diese Tendenzen erkennbar sind, auf jeden Fall Gegensteuer bietet.

Und drittens komme ich zu diesen mangelnden Ressourcen, insbesondere Personal, aber auch andere Ressourcen und Verzögerungen. Ich möchte hervorheben, der Umgang eines Kantons oder eines Staatswesens mit seinen Angestellten ist ein sehr wichtiger Aspekt für einen funktionierenden Rechtsstaat. Schlechte Arbeitsbedingungen, toxisches Arbeitsklima, usw. gefährden rechtsstaatliches Handeln. Personalunterbestände führen bestenfalls zu Verzögerungen, schlimmstenfalls zur Schlecht- oder Nichterfüllung staatlicher Aufgaben, auf die Beispiele würde ich hier verzichten. Was ich hervorheben will, dass diverse Behörden diese Personalunterbestände beklagen. Wir hören das bei der Ombudsstelle, die zu wenig Personen hat, die Staatsanwaltschaft, die das beklagt, es fällt auch bei der Datenschutzbeauftragten auf, wo die GPK das Risiko sieht, dass sie ihre starke Rolle gegenüber der gesamten Verwaltung nicht im geforderten Ausmass ausüben kann.

In eine ähnliche Richtung gehen die unzureichenden Schutzplätze für Opfer häuslicher und sexueller Gewalt und selbst wenn hier jetzt eine Erhöhung beschlossen wurde, ist noch eine Versorgungslücke zu erwarten, die unbedingt zu schliessen ist.

Bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt zeigt sich einmal mehr ein gravierendes Führungsproblem. Was wir in diesem GPK-Bericht und, ich erwähne es kurz, in dem Aufsichtsbericht über die Staatsanwaltschaft erfahren haben, ist, dass das offenbar noch viel gravierender und länger bekannt ist, als wir das hier bis jetzt diskutiert haben und es wird erneut auf Optimierungsbedarf hingewiesen, sehr gelinde gesagt. Ich werde schauen, ob ich aus Zeitgründen das vielleicht später noch ausführen muss.

Und ja, meine lieben Kolleg*innen, beim BVD ist es schon fast langweilig, das zu betonen, auch hier haben wir Verzögerungen, teurere Projekte, usw. Mit Blick auf den Spezialbericht zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat erlaube ich mir, hier jetzt nicht allzu ausführlich zu werden und zu schauen, ob wir da noch genauer darüber sprechen können.

Es ist bei den Schulen ein besonderes Augenmerk auf die Lehrpersonen- und die Stellvertreterprobleme hinzuweisen. Ich möchte hier besonders hervorheben, Hitzeschutz ist eine staatliche Aufgabe. Ich werde den Hintergrund nicht wieder ausführen, Sie haben es genug gehört, es ist einfach zu erwarten, dass die Behörden Lösungen finden und dies nicht auf die Kreativität der Lehrpersonen abgestellt wird.

Das Gleiche gilt auch für Therapieangebote bei psychischen Krankheiten. Es kann nicht sein, dass man hier merkt, dass man nicht weiss, wie das geschehen kann und das dann zwei Jahre später nochmals aufgebracht werden muss. Ich denke, hier ist es sehr wichtig, dass das Angebot ausgebaut wird und Ursachen für Unterversorgung respektive erhöhte psychische Erkrankungen, insbesondere bei Mädchen in Schulen und den eingeschränkten Zugang für Kinder und Jugendliche angeschaut wird.

Ich möchte ganz kurz zur Erwerbsquote bei Geflüchteten kommen. Ich denke, es ist immer noch ein Erfolgsmodell mit diesen Sprachen, das wird sich einfach ein paar Jahre später zeigen als bei anderen Kantonen. Was ich hier noch denke, was wichtig ist anzugehen, ist, dass die Anerkennung von ausländischen Ausbildungen und Diplomen hier eine sehr grosse Wirkung bringen kann.

Nach dem Gesagten empfehlen wir den GPK-Bericht zur Genehmigung und wie das so schön heisst, nehmen wir die Empfehlungen und Forderungen zustimmend zur Kenntnis.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Diese wird nicht angenommen. Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich kurz fassen. Was ist Politik, meine Damen und Herren, wir bereden die Regierung. Was ist Politik? Die Menschen zu begeistern. Nehmen Sie das Beispiel an mir, alle 15 Besucher auf der Tribüne sind meine privaten Gäste.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, sprechen Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich muss sagen, es ist kein Zwang einer Schule. Bitte nehmen Sie sich ein Beispiel daran und laden Sie Leute ins Parlament ein, damit wir endlich die Dinge hier diskutieren, die das Volk will, und nicht eine abgehobene Regierung, die mir als Grossrat arrogant kommt.

Ich komme zu meinen Vorrednern. Beat K. Schaller, SVP, Grossrat, leider nicht Präsident des Grossen Rates geworden, weil er die Wahrheit sagt. Beat K. Schaller hat gesagt, wir hätten zu viel Personal. Wir haben zu viel Personal beim Staat. Sie



haben vergessen, was ich immer sage, Basel-Stadt hat den Weltrekord beim Staatspersonal. Nach meiner Statistik kommen auf einen Staatsangestellten fünf Bürger. Nehmen wir das Beispiel, in Afrika kommen auf einen Staatsangestellten 295 Bürger, aber wir haben noch zu viel Geld und geben das Geld aus. Basel wäre pleite, hätten wir nicht Roche, Novartis und Eric Weber.

Und wenn man das wirklich ganz sachlich als Journalist einordnet und zusammenfasst, was uns hier mit diesem Bericht präsentiert wird, wenn man das sieht, muss ich einfach sagen, es gibt Studien, die zeigen, dass es sich positiv auswirkt, wenn sich politisch Andersdenkende persönlich austauschen, und das machen wir jetzt. Es ist bewiesen, dass es sich positiv auswirkt, wenn man sich als Andersdenkender persönlich austauscht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, Sie sprechen erneut nicht zum Thema. Das ist der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ja, aber unsere Diskussion, die ich jetzt hier habe, hat den Effekt, dass der Gesprächspartner dann offener gegenüber Andersdenkenden wird, und das ist die wesentliche Grundlage für jeden politischen Diskurs. Die wesentliche Grundlage ist, dass da nicht nur die Grünen reden, sondern auch die anderen, auch die, die die Abstimmung verloren haben.

Ich komme zum Bericht. Ich habe geglaubt, ich glaube es nicht, es gibt das Zitat, glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast. Hier steht, und das glaube ich nicht und ich kläre es jetzt auf, ich ordne es ein, hier steht, dass 45% der Asylbewerber sieben Jahre nach der Einreise in unser schönes Land Schweiz arbeiten würden. Meine Damen und Herren, ich war auch schon arbeitslos und darum weiss ich, wenn Sie einen Kurs haben, gelten Sie nicht als arbeitslos. Die Quote mit diesen 45% muss ich ganz stark anzweifeln, weil die Asylbewerber einen Deutschkurs oder sonst etwas haben und dann zählen sie nämlich nicht als arbeitslos, weil sie ja einen Kurs haben. Trotzdem erhalten sie Geld, weil sie ja nicht arbeiten. Darum lasse ich mir nicht bieten, dass hier steht, dass 45% der Asylbewerber arbeiten würden. Das stimmt nicht, das sind auch die eingerechnet, die auch noch in die Schule gehen.

Ich stelle den Antrag, Nichteintreten, Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ihre Zeit ist abgelaufen. Das Wort hätte nochmals der Gerichtsrat, er verzichtet. Herr Cramer verzichtet ebenfalls. Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Gestatten Sie mir noch ein paar kurze Bemerkungen. Der Regierungspräsident hat in seinem kurzen Votum vor der Mittagspause darauf hingewiesen, dass die Massnahmenpakete zu Legislaturbeginn schon online auffindbar gewesen seien. Das kann sein, das weiss ich nicht. Auf jeden Fall hat uns der Regierungsrat mit dem Geschäft Legislaturplan 2025-2029 mit der Geschäftsnummer 2401.80 nur die elfseitige Broschüre für ein breites Publikum mit einem kurzen Begleitschreiben zugestellt, nicht aber die genannten Massnahmenpakete. Hier bin ich auch inhaltlich sehr bei Sandra Bothe-Wenk, Ziele müssen möglichst klar und überprüfbar sein, Kennzahlen und Indikatoren kommen bei der wirksamen Steuerung des staatlichen Handels eine zentrale Bedeutung zu.

Die Worte des Präsidenten des Gerichtsrats zeigen, dass es gewisse Auseinandersetzungen um Zwischenmagistratspersonen einer anderen Gewalt geht, der Judikativen. Wir haben zwar als GPK in organisatorischen und finanziellen Fragen hier, ebenso wie die Finanzkommission, eine gewisse Aufsichtsfunktion. Es gibt bei uns aber, und ob das so richtig ist, darüber kann man diskutieren, eine gewisse Zurückhaltung bei der Beurteilung von Zuständen bei der Justiz und die Vorstellung, dass Magistratspersonen in der Lage sein sollten, Konflikte untereinander dort beizulegen. Es ist aber aus meiner Sicht, es sind jetzt offenbar gute Vorschläge vorhanden, wie gewisse Probleme gelöst werden können, selbstverständlich, dass es bei Magistratspersonen keine Höchstarbeitszeit und schon gar keine Ferienauszahlungen und dergleichen geben kann, das wäre ja bei Regierungsräten auch sehr problematisch.

Von einer Hydra würde ich im Fall von IT BS jetzt schon nicht gerade sprechen. Ich würde differenzierend festhalten, dass 100 Personen, die in Projekten arbeiten, schon viel erscheinen, aber durchaus gängig sind, auch vielfach offenbar in der Privatwirtschaft, weil man für Projekte Leute beizieht, die mit diesen genannten Projekten Erfahrung haben, also die das zum Beispiel bei anderen Gebietskörperschaften schon gemacht haben, ähnliche Projekte. Problematischer sind die 72 Personen im operativen Betrieb, also gibt es wirklich Leute, die in den Räumlichkeiten des Kantons arbeiten, nur für den Kanton arbeiten, in Abteilungen, aber nicht durch den Kanton angestellt sind. Und da stellen sich also schon ein paar Grundgefragten, auch in Bezug auf die Umgehung des Personalgesetzes, in Bezug auf möglichen Knowhow-Verlust, usw. Bei IT BS haben wir auch betont, bei Microsoft 365, dass uns eine Exit- und Backup-Strategie nach wie vor sehr wichtig ist und diese aus unserer Sicht noch nicht genügend vorliegt.



Zur Staatsanwaltschaft. Ich denke, wir wollen alle eine funktionierende und faire Strafverfolgung. Die Überlastung von Teilen der Staatsanwaltschaft, und das wird im Bericht der Aufsichtskommission auch moniert, die ist real und ist ein Problem, gleichzeitig aber gibt es organisatorische Defizite, ungenügende Kennzahlen und da haben wir auch entsprechende Empfehlungen formuliert, zum Beispiel im Rahmen der neuen Geschäftsverwaltung ein Kennzahlensystem einzuführen, das eine parlamentarische Wirkungskontrolle der eingesetzten Ressourcen ermöglicht. Ich denke, wir alle wollen, dass die Strafverfolgung funktioniert, auch die Staatsanwaltschaft, aber dafür ist es wichtig, dass sie gegenüber dem Parlament nicht erscheint wie eine Blackbox und Dinge schwer einzuordnen sind.

Hitzeschutz und bauliche Massnahmen werden, und das hat die Debatte heute auch gezeigt, zunehmend von grosser Bedeutung. Ungünstig ist, dass auch bei verschiedenen Neubauprojekten der letzten 20 Jahre diesem Aspekt zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Ich denke, das wird bei den Klimaanpassungsmassnahmen in den nächsten Jahren an vielen Stellen wichtig sein und da besteht auch ein nicht unerheblicher öffentlicher Druck. Das ist auch weit über Basel hinaus ein Thema.

An die Adresse des Fraktionssprechers meiner Partei, Daniel Gmür, möchte ich sagen, dass die Zeitpläne und Prozesse teilweise sehr eng sind. Wir bekommen den Jahresbericht des Regierungsrats jeweils Ende März zugestellt, dann kommt die Lektüre, das Zusammentragen der Fragen und das Fokussieren darauf, damit man eben nicht allzu viel hat, dann die Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung, auch in einem sehr hohen Tempo, die Auswertung der Fragen, die Vorbereitung auf das Hearing, deren Durchführung, die Redaktion des Berichtes. Der ganze Prozess ist zeitlich sehr eng und die GPK ist verpflichtet, bis September ihren Bericht vorzulegen. Allerdings muss man sagen, dass sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass ein Bericht im September zum Geschäftsbericht des letzten Jahres ein bisschen daherkommt wie die alte Fasnacht, ein bisschen sehr spät. Wir werden aber über diesen Zeitplan auf jeden Fall diskutieren müssen. Ich freue mich, dass Sie das aufgenommen haben und habe durchaus den Eindruck, dass unser Bericht nicht nur medial einiges an Beachtung hatte, sondern auch von sehr vielen Ratsmitgliedern gelesen worden ist.

Grundsätzlich wollte ich noch sagen zur Fehlerkultur, das hat Christophe Haller sehr richtig erwähnt, es geht uns auch als Geschäftsprüfungskommission nicht darum, mit unserer Kritik öffentliche Institutionen schlecht zu machen und irgendwie Vertrauen sogar zu schmälern, etwas zur allgemeinen Belustigung quasi da Geschichten zu erzählen, sondern es geht darum, auf Fehler hinzuweisen, damit diese möglichst behoben werden. Dadurch leisten wir, denke ich, einen wichtigen Beitrag, dass das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen, in das Handeln unseres Gemeinwesens langfristig erhalten und erhöht werden kann. Ich denke, das ist wichtig auch für das Grundverständnis einer Geschäftsprüfungskommission und wir versuchen, diese Arbeit möglichst gewissenhaft zu machen.

Vielen Dank Ihnen allen für die sehr positive Aufnahme unseres Berichtes.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an die GPK. NEIN heisst nicht zurückweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009204, 24.06.26 16:20:39]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 90 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme und keiner Enthaltung den Bericht nicht zurückgewiesen.

Wir kommen damit zur Detailberatung. Bei jedem Departement erhalten zuerst die zuständige Vorsteherin oder der zuständige Vorsteher das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende und schliesslich nochmals die



Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrats. Das Schlusswort hat jeweils der Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Bei den Gerichten spricht der Präsident des Gerichtsrats.

Detailberatung des GPK-Berichts und des Jahresberichts des Regierungsrats.

Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet. Ich habe auch sonst keine Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Departementsvorsteherin des BVD. Auch sie verzichtet, auch sonst keine weiteren Wortmeldungen. Das Erziehungsdepartement verzichtet ebenfalls. Dann kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Das Wort hat Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Franziska Stier hat das ja schon angekündigt, wir von BastA möchten einige Bemerkungen zum ED anbringen und haben uns zuerst überlegt, wollen wir das beim Bericht der FiKo oder beim Bericht der GPK anbringen. Wir haben uns nun für den GPK-Bericht entschieden, auch wenn einige wichtige Themenbereiche von beiden Kommissionen behandelt wurden. Regierungsrat Atici ist leider nicht mehr hier, er hat mir aber beim Verabschieden versprochen, dass er noch nachhört, was zu seinem Departement gesagt wird. Dass die GPK im aktuellen Bericht beim ED den Fokus auf Gesundheitsschutz und Prävention richtet, das begrüssen wir sehr. Ich möchte unsere Ausführungen aber etwas weiterfassen, denn es ist ein sehr weites Feld.

Selbstverständlich liegt uns die psychische und physische Gesundheit der Lehrpersonen, aber auch der Schülerinnen und Schüler am Herzen. Bei den Lehrpersonen gibt es auffallend viele krankheitsbedingte Ausfälle, die Gründe sind offenbar nicht bekannt. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass auch die Raumsituation, also die Grösse des Klassenzimmers, die zur Verfügung stehenden Gruppenräume und der Hitzeschutz einen direkten Einfluss auf das Wohlbefinden und damit auf die Gesundheit der Lehrpersonen und der Schülerinnen und Schüler haben.

Das Gleiche gilt für die Klassengrössen, die sich in Basel-Stadt seit Längerem am Limit bewegen. Wenn eine Klasse sehr voll oder gar überfüllt ist, kann das durchaus einen Einfluss auf die Belastungssituation der betroffenen Lehrpersonen haben. Wenn ich dann an die Provisorien denke, mit denen insbesondere die Sekundarschule beschenkt wurde, dann kommt schon ein schlechtes Gefühl auf, denn ich weiss, dass bei einigen Provisorien die Raumstandards nicht eingehalten werden und es viel zu kleine Klassenzimmer und viel zu wenig Rückzugs- und Ausweichmöglichkeiten zum Beispiel für Gruppenarbeiten gibt. Das ist schlecht für das Arbeitsklima und erzeugt Stress, das ist nicht gesund.

Aber auch die zunehmenden Aufgaben neben dem Unterricht, die die GPK ja schon seit längerem mit Besorgnis verfolgt, die haben einen Einfluss auf die Belastungssituation und den Stress der Lehrpersonen. Ihre administrativen und koordinierenden Aufgaben werden immer zahlreicher und vielfältiger und dieser Trend wird sich mit der weiteren Umsetzung der integrativen Schule nicht ändern. Ein paar Entlastungsstunden für Klassenleitungen lösen dieses Problem nicht, das muss grundsätzlicher angegangen werden.

Und nun zu unserem Hauptkritikpunkt, dem Umgang des ED mit den vielen Krankheitsausfällen. Im GPK-Bericht ist anschaulich aufgeführt, dass das ED häufig mit den Kosten respektive den angestrebten Kostensenkungen argumentiert hat. Die Massnahmen, die hier vorgeschlagen werden, gehen nach Meinung von BastA in die völlig falsche Richtung. Wir möchten mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Schule einen Bildungsauftrag und einen Betreuungsauftrag zu erfüllen hat. Aus Kostenspargründen den Unterricht ausfallen lassen, geht deshalb gar nicht. Und eine temporäre Zusammenlegung von Klassen auf der Primarstufe ist völlig kontraproduktiv, wenn wir den Gesundheitsschutz der Lehrpersonen ins Zentrum stellen. Das hatten wir schon mal, dass Klassen von erkrankten Lehrpersonen einfach von deren Kolleg*innen gehütet werden mussten. Das ist im besten Fall eine völlig unbefriedigende Situation und im schlechtesten Fall ein zusätzlicher Krankmachfaktor für die mit dieser Aufgabe betrauten Lehrpersonen. Wenn Sie die Gesundheitsprävention wirklich ernst nehmen wollen, dann fangen Sie bitte nicht mit solchen Kostensenkungsmassnahmen an.

Nun noch ein paar letzte Bemerkungen zur psychischen Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Hier hören wir in letzter Zeit vieles, das bei uns Sorge auslöst. Immer mehr Mädchen, aber auch Jungs geht es nicht gut. Manche Studien sprechen von über einem Drittel Jugendlichen, die unter psychischen Problemen leiden. Da hat die GPK ganz recht, wenn sie empfiehlt, dass die genauen Ursachen eruiert und gezielte präventive Massnahmen für Mädchen erarbeitet werden sollen. Der Druck, unter dem die Kinder und Jugendlichen stehen, wird immer grösser. Die leider nicht so sozialen Medien haben sicher einen grossen Anteil daran, aber uns fehlt hier der kritische Blick auf die Rolle der Schule. Auch hier leiden die Kinder und Jugendlichen, nämlich vor allem unter Leistungsdruck und der Selektion. Wir wünschen uns hier einen ganzheitlichen Ansatz und nicht nur Präventionsprogramme.

Wenn wir aufhören, Bildung zu ökonomisieren, wenn wir aufhören, die Kinder und Jugendlichen ständig zu messen und ihre Leistungen zu vergleichen, dann ist schon viel erreicht. Hören wir auf, Kinder schon im frühen Schulalter auf ihre Rolle als zukünftige Fachkräfte zu reduzieren. Bauen wir den Leistungsdruck an der Schule ab, so können wir auch erreichen, dass es den Kindern und Jugendlichen wieder etwas besser geht.



Ich schliesse nun mit Dank an die GPK für ihre gute und sorgfältige Arbeit und hoffe, dass unsere zusätzlichen Bemerkungen und Forderungen zum ED tatsächlich auch ankommen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zum Finanzdepartement. Frau Regierungsrätin Soland verzichtet. Für das Gesundheitsdepartement, Regierungsrat Engelberger verzichtet ebenfalls. Für das Justiz- und Sicherheitsdepartement, Frau Regierungsrätin Eymann ebenfalls. Für das Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartement ebenfalls kein Votum. Wir kommen damit zur Staatsanwaltschaft, da hätte Frau Regierungsrätin Eymann das Wort. Sie verzichtet. David Jenny als Fraktionssprecher für die FDP.

David Jenny (FDP): Ich spreche für die FDP. Herr Thommen hat ja als Leitmotiv dieser Debatte die griechische Mythologie gefunden und da komme ich, wenn ich an die Stawa denke, unweigerlich zum Mythos des Sisyphos. Wir können uns Sisyphos vorstellen, wie er den Pendenzberg vor sich hat und da die Aktenkisten darauf rollt. Ich glaube, das ist relativ anschaulich und immer wieder wird er zurückgeworfen. Wir wollen ja nicht bei der griechischen Mythologie stehen bleiben, dann kommen wir zwangshäufig zu Camus und Camus hat uns gelehrt, dass wir uns Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen müssen. Wenn ich jetzt das übertrage auf die Staatsanwaltschaft, fällt es mir schwer, mir diese als eine glückliche Institution vorzustellen. Ob ein Grund dafür auch die ReoS-Starre ist, ich will nicht spekulieren. Aber jetzt zum Konkreten.

Wir konnten lesen, wie viele Pendenzen es gibt, hinter jeder Pendenz steckt eine Geschichte. Leider scheint es unvermeidlich zu sein, dass Schubladisiert wird, dass gewisse Fälle in der Verjährung landen. Und dann ist wirklich die Frage, was sind da die Kriterien? Wir haben jetzt heute gehört zum Beispiel, das ist nicht ganz Stawa, aber bei den Bussen, man soll sich jetzt konzentrieren auf die bösen Autofahrer*innen, die Parksünden begehen, aber jede Verfolgung eines Velofahrers sei unverhältnismässig. Dann hat uns Frau Stier belehrt, ja, Schwarzfahren, nein, überhaupt nichts tun. Ich meine, da staune ich auch, weil geschädigt bei Schwarzfahren sind dann in der Regel staatliche Betriebe. Also ich meine, das ist eine Einladung, den Staat, den ja sonst die Linke immer hochhält, zu schädigen und Sie sehen, wir sind dann bald, wenn wir Kriterien ausstellen, auf gefährlichem Eise. In Basel können wir uns noch einigen, dass Velodiebe zu verfolgen das höchste Gut ist, aber nachher wird es schwierig und wird auch sehr politisch und nicht wirklich rechtsstaatlich begründbar.

Es gibt sicherlich sehr viele Fälle, da ist die Strafanzeige ein Zweck in sich, jeder und jede weiss, es kann nichts getan werden, es wird nichts getan werden, aber meine Versicherung will, dass ich eine Strafanzeige gestellt habe. Ja, so be it. Wir haben andere Problematiken, wir haben gehört bei Ehrverletzungsdelikten, das war ein Fehler des Bundesgesetzgebers, dass man die vom Privatklageverfahren, ich war nie Strafrechter, weggenommen hat und der Staatsanwaltschaften überbürdet hat. Das war, glaube ich, bei uns das bessere System.

Dann ein bisschen ein erlebtes Fallbeispiel, so halber anwaltlich und halber in der Rolle des Vertreters eines Opfers. Es handelt sich «nur» um einen Hausfriedensbruch, aber ein relativ spektakulärer, der auf einer Webseite publiziert wurde, der noch gewisse akrobatische Übungen beinhaltet und der eine gewisse Nachahmungsgefahr hat, die auch je nachdem mit schweren Verletzungen enden könnte. Die Strafanzeige war so formuliert und so mit Beweisen versehen, dass vielleicht nicht der Name der Täterschaft bekannt war, aber die Ermittlungsschritte, die eingeleitet werden müssen, sehr begrenzt waren, weil ja die Täterschaft ihre Tat selber auf einer Webseite publiziert hat. Ja, was passiert da bei der Staatsanwaltschaft? Nichts. Wenn man sich nach etwa drei Monaten erkundigt, dann heisst es, ja, das sei zwar schon eingegangen, aber es wurde noch keine Nummer zugeteilt. Nach weiteren etwa drei Monaten nochmals ein Anruf, dann heisst es, ja, Sie haben jetzt eine Nummer erhalten, das ist eine grosse Gnade, man hat eine Nummer erhalten und dann fragt man, was bedeutet dies, ja, das bedeutet, dass weiterhin nichts getan wird. Dann hört man den Ratschlag aus Kreisen der Strafverfolgung, wenn man jeden Monat anrufen würde, dann würden die Chancen steigen, dass das in der Schubladisierungshierarchie ein bisschen weiter weg von der Verjährungsgefahr rutscht. Ich meine, das braucht auch Ressourcen bei der Staatsanwaltschaft, wenn jeden Monat ein solches Erinnerungstelefon zu beantworten ist und ich glaube wirklich, die Situation ist unhaltbar.

Und jetzt wieder, um in die Antike zurückzukehren, wo ist da der Deus ex machina? Ich könnte mir denken, KI würde bei der Triagierung von Strafanzeigen ein wertvolles Instrument sein, um wirklich auch Kriterien zu haben, wo man sagt, das ist liquide, dass man relativ weit, welche Delikte etc. und nicht einfach mal, ich sage es mal böse, zu stapeln. Und ich glaube, das ist wirklich ein drängendes rechtsstaatliches Problem, dass wir diese Pendenzen in den Griff kriegen. Ich glaube, nur der Ruf nach mehr Personal hilft auch nicht, ich glaube, da wären mit modernen Technologien grosse, und ohne Gefährdung, dass das alles irgendwo in den USA landet, Effizienzsteigerungen möglich und ich glaube wirklich, dass man da offen sein muss für auch kreative Lösungen. Wir müssen Kriterien finden in der Steuerung dieses Pendenzbergs, die dann nicht schlussendlich rein politisch sind und man sagt, wir machen uns unbeliebt, wenn wir jetzt diese Fälle abbauen und andere nicht.



Das mit den Fassadengeschäften ist natürlich noch ein bisschen eine andere Problematik, weil das im grössten Teil eine Hohlkriminalität ist, wo man selber aktiv tätig sein muss als Strafverfolgungsbehörde, das braucht auch noch weiteren Aufwand.

Ich möchte dies den Verantwortlichen mitgeben, vielleicht mache ich mal auch einen Vorstoss, wie KI eingesetzt werden könnte bei der Behandlung dieser Pendenzenberge und vielleicht wird die Stawa trotz Sisyphusarbeit dank KI zu einer glücklichen Institution.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Ich habe Sie ja schon vorgewarnt, ich komme da nochmals. Ich verzichte jetzt darauf, den Bericht nochmal zu wiederholen und was drinsteht, ich gehe ja davon aus, dass Sie das alle gelesen haben. Mir ist wichtig zu betonen, es ist uns ein sehr grosses Anliegen, dass die Strafverfolgungsbehörden ihre Verfahren fair und umfassend führen, dass sie diese Untersuchungen führen können und dass sie ihrem Strafverfolgungsauftrag nachkommen können. In grossen Anführungs- und Schlusszeichen «Lösungen», wo das Gesetz aber einfach umgangen wird, um da ein bisschen weniger Aufwand zu haben und Zeit zu gewinnen, können aber auf keinen Fall akzeptiert werden, und noch viel weniger jetzt noch grössere «Lösungen», bei welchen die Staatsanwaltschaft das Gesetz ein bisschen lasch versteht, wo nicht einmal Zeitersparnisse ersichtlich sind. Nach heutigem Kenntnisstand, nach dem, was man auch in diesen Berichten über die Staatsanwaltschaft von der GPK und von der Aufsicht gelesen hat, müssen wir davon ausgehen, dass die Staatsanwaltschaft ihrem Auftrag einfach schlichtweg nicht nachkommt oder nachkommen kann.

Jetzt vielleicht kurz zur Transparenz. In meiner Tätigkeit begegne ich der Staatsanwaltschaft manchmal, ich begegne ihr aber auf, ich sage jetzt mal, beiden Seiten. Ich vertrete Personen, die sich wünschen, dass die Staatsanwaltschaft möglichst schnell verurteilt, und ich begegne ihnen in Vertretung von Personen, die möglichst keine Verurteilung wollen. In beiden Fällen staune ich eigentlich in jedem Fall über die beeindruckende Ineffizienz, mit welcher gewisse Verfahren geführt werden. Aus dem Umfeld, jetzt in Ergänzung zu dem, was wir hier gelesen haben im Bericht, aus dem Umfeld von Mitarbeiter*innen der Staatsanwaltschaft wird eine kritische Führungskultur berichtet, welche zu ineffizienter Fallbearbeitung, fraglicher Priorisierung führt, und nicht zuletzt wird auch Widerstand berichtet aus dem Umfeld der Mitarbeitenden aus der Leitung der Staatsanwaltschaft über die beschlossene Reorganisation dieses Parlaments. Das kann demokratiepolitisch auf absolut gar keinen Fall geduldet werden.

Nun kombinieren wir das mit dem, was wir im Bericht gelesen haben. Zum Beispiel sehen wir dort, dass die Staatsanwaltschaft die nötigen Daten nicht liefert, damit die GPK ihrer Aufsicht nachkommen kann. Das kombiniert führt zu einem Bild, wo ich mich ernsthaft frage, ob da nicht ein gewisses kleines Königreich in der Leitung verstanden wird, was sich gegenüber den Aufsichtskommissionen nicht verantworten möchte. Und dass diese den Kulturwandel nicht wirklich angehen wollen, das lese ich aus dem Bericht der Aufsichtskommission, welche sagt, dass die Leitung der Staatsanwaltschaft ihr schlichtweg nicht sagen konnte, wie und ob sie diesen Kulturwandel überhaupt angehen möchte.

Ich denke, wir als Parlament müssen uns vor einem solchen Hintergrund an der Nase nehmen und uns überlegen, wer in der Leitung einer solchen unabhängigen Behörde ist, und wir müssen uns auch an der Nase nehmen und das nächste Mal, wenn die Staatsanwaltschaft Personalaufstockungen verlangt, kritisch zu prüfen, ob sie diese Falllast nicht auch durch interne Reorganisation besser bewältigen kann als durch Personalaufstockung. So lese ich zumindest die Berichte der GPK und der Aufsichtskommission, empfehle ich wirklich zur Lektüre. Es stellt sich auch die Frage, ob die Aufsicht, wie wir sie heute haben, diese geteilte Aufsicht, GPK, Aufsichtskommission, ein bisschen die Departementsleitung, ob diese wirklich effizient ist oder ob durch das nicht eine gewisse Verantwortungsdiffusion entsteht. Ich gehe daher da fest mit der Empfehlung der GPK, welche hier diese Reorganisation nutzen möchte, um gleich die Aufsichtskommission in ihrer Rolle zu stärken über die Staatsanwaltschaft.

Und schliesslich möchten wir uns auch mit Nachdruck hinter die Empfehlung stellen, dass die Staatsanwaltschaft Massnahmen ergreift, um die Versorgungslücken bei den stationären Massnahmen von Minderjährigen unter 15-Jährigen ergreift. Die Trennung von Kindern und Erwachsenen ist sehr wichtig prioritär zu behandeln und ich hoffe, hier Lösungsvorschläge zu sehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Gerichtsrat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Bemerkungen zum Bericht der Ombudsstelle, Finanzkontrolle und Datenschutzbeauftragter. Hier hätte der Kommissionspräsident der GPK das Wort. Er verzichtet. Es sind auch keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur

Detailberatung der Anträge der GPK (Seite 71 des Berichts)

Titel und Ingress



1. Genehmigung Jahresbericht des Regierungsrats
2. Genehmigung Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte
3. Genehmigung Bericht der GPK
4. Kenntnisnahme der Empfehlungen und Forderungen der GPK

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009206, 24.06.26 16:42:44]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht 2025 des Regierungsrats wird genehmigt.
 2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2025 wird genehmigt.
 3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2025 wird genehmigt.
 4. Die Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 88 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung zugestimmt.

10. Kantonale Volksinitiative "50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!" - Antrag auf Fristverlängerung, Bericht der JSSK

[24.06.26 16:42:53, 22.0282.05]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die JSSK beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 24. September 2028 zu verlängern. Das Wort hat die Kommissionspräsidentin der JSSK, Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich spreche im Namen der JSSK zum Geschäft betreffend die Verlängerung der Abstimmungsfrist zur kantonalen Volksinitiative «50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!». Vielleicht kurz zur Vorgeschichte. Die umformulierte Initiative wurde im Jahr 2021 lanciert und im Februar 2022 mit über 3'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie verlangt, dass der Kanton Basel-Stadt an geeigneter Lage eine moderne Schwimmhalle mit einem 50-Meter-Becken errichtet und betreibt. Nachdem die Abstimmungsfrist bereits mehrmals auf Antrag des Regierungsrates verlängert wurde, beantragte dieser wiederum mit seinem Bericht vom 4. März 2026, dass die Initiative mit Empfehlung auf Annahme dem Volk vorgelegt wird. Das Geschäft wurde dann der JSSK zugewiesen und wir haben dieses an zwei Sitzungen beraten.

Ja, das Anliegen trifft auf einen mittlerweile breit anerkannten Bedarf. Sowohl der Schul- und Vereinssport als auch die breite Bevölkerung weisen seit langer Zeit auf den Mangel an gedeckten Wasserflächen und insbesondere auf das Fehlen eines



ganzjährig nutzbaren 50-Meter-Hallenbads hin. In der neuen Sportstrategie des Regierungsrats, welche im Frühling präsentiert wurde, hat das Hallenbad sodann auch die Priorität 1.

Die Kommission hat sich im Rahmen ihrer Beratungen über den aktuellen Stand der Standortsuchen und die laufenden Planungen informieren lassen. Zudem hat sie das Initiativkomitee angehört, dabei wurde nochmals klar, dass die Forderung nach einem 50-Meter-Hallenbad bereits seit Jahrzehnten besteht und der Leidensdruck hoch und der Leidensweg lang ist. Aber wir kennen es, die Mühlen der Politik mahlen langsam, manchmal vielleicht auch zu langsam. Aber der dringende Bedarf ist nun mehr bei sämtlichen politischen Couleurs anerkannt. Es war der Kommission keine politische Stimme bekannt, welche die Forderung nach mehr Wasserflächen nicht aktiv unterstützt. Auch das Bekenntnis der Regierung ist spätestens seit der Sportstättenstrategie klar und unmissverständlich.

Vor diesem Hintergrund kam die Kommission zum Schluss, dass es wenig sinnvoll wäre, zum jetzigen Zeitpunkt eine Volksabstimmung durchzuführen, in welcher sich die Parteien vielleicht höchstens darüber streiten können, wer am meisten Ja sagt. Volksabstimmungen binden immer Ressourcen und sind auch teuer. In der vorliegenden Angelegenheit würde sie der Sache kaum einen Mehrwert bringen und keine Beschleunigung. Eulen soll man bekanntlich nicht nach Athen tragen, eine Volksabstimmung käme gemäss der Auffassung der Kommission praktisch einem Leerlauf gleich. Entsprechend hat die Kommission mit dem Initiativkomitee die Möglichkeit einer grosszügigen Fristerstreckung ausgelotet. Das Initiativkomitee hat gegenüber der Kommission deutlich gemacht, dass es eine Fristerstreckung von 24 Monaten mitträgt.

Das Komitee erwartet aber nun konkrete Fortschritte, einen raschen Entscheid betreffend Standort sowie einen straffen Zeitplan. Wie im Bericht der JSSK zu entnehmen ist, favorisiert das Initiativkomitee dann auch den Standort auf dem St. Jakob-Areal. An dieser Stelle möchte ich aber klar darauf hinweisen und betonen, dass die Kommission selbst keine Diskussion zu der konkreten Standortwahl geführt hat und diese bezüglich keine konsolidierte Position hat. Mit der Fristerstreckung soll aber die Möglichkeit geschaffen werden, die laufenden Arbeiten abzuschliessen und anschliessend auf den gesicherten Grundlagen über die weiteren Schritte zu entscheiden. Gleichzeitig hält die Kommission aber ausdrücklich fest, dass der Bedarf nach einem 50-Meter-Hallenbad unbestritten ist. Auch sie erwartet von den zuständigen Stellen, dass die Arbeiten zügig vorangetrieben werden und keine weiteren unnötigen Verzögerungen entstehen.

Die Kommission beantragt daher dem Grossen Rat, die Verlängerung der Abstimmungsfrist um 24 weitere Monate und somit bis am 24. September 2028 zuzustimmen und dem entsprechenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hätte der Regierungsrat. Er verzichtet. Dann kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen für die SP-Fraktion hat sich Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion möchte ich festhalten, dass wir die beantragte Fristverlängerung begrüssen. Für uns hat aber jetzt Priorität, dass die Planung und die Prüfung der verschiedenen Standorte zügig vorangetrieben werden. Wichtig ist uns, dass es bei dieser Initiative aber nicht nur um den Spitzensport geht, sondern ebenso um den Breitensport. Ein 50-Meter-Hallenbad soll selbstverständlich den Trainings- und Wettkampfbedürfnissen des Spitzensports abdecken, aber eben auch der breiten Bevölkerung zugutekommen. Dazu gehören auch Nutzungsformen für Familien. Gerade im Winter besteht hier ein grosser Mangel an öffentlich zugänglichen Schwimmflächen. In einer dichten Stadt wie Basel ist es zentral, dass grosse Sportanlagen möglichst viele Bedürfnisse gleichzeitig aufnehmen und einen breiten Nutzen stiften können.

Das Initiativkomitee hat sich im Hearing dazu geäussert, dass aus seiner Sicht insbesondere das Joggeli als Standort zu bevorzugen sei. Wir haben es gehört, die JSSK hat diese Standortfrage bewusst noch nicht vertieft diskutiert, da die entsprechenden Grundlagen noch nicht vorliegen. Auch wir als SP haben die Initiative unterstützt, aber derzeit noch keine Haltung zum Standort. Wir möchten dieser Diskussion heute nicht vorgreifen, sondern die Arbeit der Regierung abwarten. Entscheidend ist für uns, wie schon gesagt, dass die Umsetzung mit hoher Priorität und ohne weitere Verzögerungen angegangen wird. Darum begrüssen wir auch ausdrücklich, dass die Realisierung eines 50-Meter-Hallenbads in der strategischen Sportanlagenplanung eben mit sehr hoher Dringlichkeit, also Priorität 1, eingestuft wird.

Auch die Bau- und Raumplanungskommission hat sich bekanntlich schon einmal mit der Standortfrage eines 50-Meter-Schwimmbads auseinandergesetzt. Die SP hätte damals auch eine Realisierung am Standort Musical Theater sehr begrüsst. Dieser Standort wäre insbesondere auch für den Breitensport attraktiv gewesen, gerade weil er eben im Kleinbasel sehr zentral gelegen ist. Wir akzeptieren selbstverständlich, dass dieses Projekt damals nicht politisch mehrheitsfähig war, was nun aber dennoch dazu führt, dass die Frist für diese Initiative weiter verlängert werden muss. Wir hätten damals Hand geboten für eine rasche Lösung und wir sind weiterhin bereit, konstruktiv an einer solchen mitzuarbeiten.

Ebenso wichtig ist uns, dass auch die bestehenden Schwimmflächen bis zur Realisierung eines 50-Meter-Schwimmbeckens möglichst intensiv und effizient genutzt werden. Die SP-Fraktion hat sich bereits früher dafür eingesetzt, dass etwa die



Gartenbäder länger geöffnet bleiben und wir erwarten, dass das Erziehungsdepartement auch bei den Hallenbädern prüft, ob die bestehenden Flächen noch besser genutzt werden können und wo allenfalls Optimierungspotenzial besteht.

Zusammenfassend, wir unterstützen die Fristverlängerung, verbinden sie aber klar mit der Erwartung, dass die Planung nun mit Nachdruck vorangetrieben wird. Basel braucht zusätzliche Schwimmflächen für den Spitzensport, für den Breitensport und für die ganze Bevölkerung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecherin eintragen hat sich Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich möchte die Situation gleich nutzen und der JSSK mitgeben, das ED hat einen Plan vorgestellt, beim Bachgraben grosse Eisflächen zu bauen und dort gibt es enorme Abwärme und es ist ein grosses Projekt und ich verstehe nicht, wieso dort nicht auch die Schwimmhallen miteingeplant werden. Wenn wir schon ein Projekt planen mit grosser Abwärme, müssen wir auch diese Schwimmhallen, die auch energieintensiv sind, mitnutzen. Ich bin überzeugt, dass wir das als Stadt irgendwann mal bereuen werden, wenn wir diese Projekte nicht verbinden. Es fehlen uns Eisflächen, es fehlen uns Schwimmflächen, planen wir das gemeinsam, machen wir das gemeinsam, es ist schade und eine vergebene Chance, wenn wir diese nicht nutzen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 3 des Berichts)

Titel und Ingress

Frist zur Durchführung der Volksabstimmung

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009208, 24.06.26 16:53:14]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur unformulierten kantonalen Volksinitiative «50 Meter Hallenbad für Basel! – JETZT» wird gemäss § 24a Abs. 4 des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum im Einverständnis des Initiativkomitees bis zum 24. September 2028 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 88 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung dem Grossratsbeschluss zugestimmt.



11. Stand und Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung (NIS) im Jahr 2023; Jährliche Berichterstattung an den Grossen Rat gemäss § 19b Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS), Bericht des RR

[24.06.26 16:53:21, 26.0185.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, auf das Geschäft einzutreten und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Für die UVEK das Wort hat Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich darf Ihnen im Namen der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission über den Bericht zum Stand und zur Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung, kurz NIS, berichten. Beschlossen hat die UVEK einen mündlichen Bericht.

Die Kommission ist auf das Geschäft eingetreten und hat es in einer Sitzung am 13. Mai behandelt und abgeschlossen. Ausgangspunkt dieses Geschäfts ist § 19b des basel-städtischen Umweltschutzgesetzes vom 13. März 1991. Der Grosse Rat hat im Jahr 2009 festgelegt, dass der Kanton den Stand und die Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung überwacht. Dazu gehören Messungen, Ausbreitungsrechnungen und eine Berichterstattung an den Grossen Rat. Fachlich zuständig ist das Lufthygieneamt beider Basel.

Vorliegend haben wir nun den Bericht von 2026 mit Daten von 2022 bis 2023. Nichtionisierende Strahlung entsteht insbesondere im Zusammenhang mit Funkdiensten wie Mobilfunk, Rundfunk, Funkruf, Radio und Fernsehen. Bei sehr hohen Intensitäten kann solche Strahlung Materie erwärmen, deshalb bestehen auf Bundesebene in der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung entsprechende Immissionsgrenzwerte. Diese Grenzwerte müssen überall eingehalten werden, wo sich Menschen, wenn auch nur kurzfristig, aufhalten können.

Der Bericht zeigt auf, wie diese Immissionen in Basel-Stadt erfasst und beurteilt werden. Einerseits gibt es punktuelle Messungen an automatischen Messstationen, andererseits werden seit 2010 computergestützte Modellrechnungen erstellt. Diese ergeben sogenannte Feldstärkekarten oder Immissionskataster. Sie bilden die Belastung durch nichtionisierende Strahlung im Freien nahezu flächendeckend ab. In diese Modellrechnungen fliessen die technischen Daten stationärer Sendeanlagen ein, also etwa Standort, Senderichtung, Sendeleistung, Frequenz und Abstrahlcharakteristik. Wichtig dabei ist, dass die Modellierung eine gute Gesamtbetrachtung erlaubt, aber mit Grenzen. Dazu gehören etwa Gebäudestrukturen, Trennwände oder Fassaden. Die tatsächliche Strahlenbelastung an einem bestimmten Ort kann deshalb letztlich nur durch Messungen zuverlässig bestimmt werden.

Ein besonderer Punkt im Bericht betrifft die neueren Mobilfunktechnologien, insbesondere 5G und adaptive Antennen. Adaptive Antennen können ihre abgestrahlte Leistung gezielt in Richtung einzelner Nutzerinnen und Nutzer ausrichten. Dieses sogenannte Beamforming ist nutzungsabhängig. Bereiche, in denen keine Endgeräte aktiv genutzt werden, werden tendenziell weniger bestrahlt. Weil diese Nutzungsabhängigkeit in den Modellen nicht vollständig abgebildet werden kann, wurde bei der Modellierung vorsichtshalber davon ausgegangen, dass auch adaptive Antennen gleichmässig abstrahlen. Das kann aber dazu führen, dass die berechneten Werte leicht über den tatsächlichen Immissionen liegen.

Die Ergebnisse zeigen insgesamt ein sehr klares Bild. Die Immissionsgrenzwerte werden mit grosser Reserve eingehalten. Die Werte haben sich in den letzten Jahren kaum verändert und liegen über die betrachteten Jahre hinweg deutlich unter den gesetzlichen Grenzwerten, auch im Vergleich zum Referenzjahr 2010. Die höchsten berechneten Immissionen je nach Jahr liegen bei 15.4 Volt pro Meter bzw. 12.2 Volt pro Meter. Gemessen am tiefsten relevanten Immissionsgrenzwert von 28 Volt pro Meter entspricht dies einer Ausschöpfung von 55% bzw. 44%. Der grösste Teil der Immissionen liegt jedoch bei maximal 1 Volt pro Meter und damit bei weniger als 4% des tiefsten Grenzwertes. Das heisst, der Durchschnitt liegt rund 96% unter dem Grenzwert.

Der Bericht liegt uns zur Kenntnisnahme vor. Er ist fachlich nachvollziehbar, die Grenzwerte werden nach den vorliegenden Daten mit grosser Reserve eingehalten, eine künftige Form der Berichterstattung gilt es noch zu klären. Die UVEK empfiehlt deshalb dem Grossen Rat einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Abschliessend danken wir der Verwaltung für die mündlich umfassenden Ausführungen zum Bericht und die bereitwillig konstruktive Beantwortung der Fragestellung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Im Jahre 2009 hat der Grosse Rat im Umweltschutzgesetz den Kanton beauftragt, die Belastung durch nichtionisierende Strahlung zu überwachen. Seit 2010 misst entsprechend der Kanton Strahlung, stellt Berechnungen an und berichtet dem Grossen Rat regelmässig. Mit diesem Bericht liegt die aktuellste Berichterstattung vor. Sie zeigt, und hier wiederhole ich die Vizepräsidentin der UVEK, dass auch im Berichtsjahr der Immissionsgrenzwert für Mobilfunk- und Rundfunkstrahlen deutlich eingehalten wurde. Die gemessene Strahlbelastung liegt unter den gesetzlichen Grenzwerten. Damit werden die gesetzlichen Vorgaben erfüllt und es besteht im Vollzug keinen konkreten Anpassungsbedarf.

Vielleicht zur Organisation der Fachstelle nichtionisierende Strahlung, da wird es eine Veränderung geben oder hat es gegeben, weil bis anhin oblag das dem gemeinsamen Lufthygieneamt beider Basel, und wie Sie wissen, wurde diese Stelle eingegliedert in die kantonale basel-städtische Verwaltung, konkreter in das Amt für Umwelt und Energie. Dort gibt es jetzt eine Abteilung Immissionen, wo die Fachstellen für Lärm, Luft und nichtionisierende Strahlung beheimatet sind. Wir werden das also in Zukunft alleine als Kanton Basel-Stadt vollziehen.

Das zweite ist die Berichterstattung. Der Regierungsrat denkt darüber nach, dass diese regelmässige Berichterstattung, die jetzt nur über einen Umweltbereich stattfindet, dass wir das in unsere regelmässige, auch online im Umweltbericht beider Basel abhandeln werden in Zukunft. Dazu braucht es aber eine Gesetzesänderung und solange diese nicht vorliegt, wird natürlich im alten Verfahren verfahren, aber wir denken, es ist sinnvoller, all diese Umweltthemen, diese Umweltgüter in gleicher Art und Weise zu berichten und auch dem Grossen Rat und der Öffentlichkeit entsprechend regelmässig vorzulegen.

Dies von meiner Seite. Ich danke der Kommission für die kritische Betrachtung dieses Geschäftes und bitte Sie im Namen des Regierungsrats, diese Berichterstattung zur Kenntnis zu nehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht des Regierungsrats zur Kenntnis genommen. Das Geschäft ist erledigt.

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme

12. Umsetzung von mobilen Elementen zur Freiraumverbesserung auf der Rosentalanlage und im Rosentalquartier, Ausgabenbericht des RR

[24.06.26 17:01:10, 25.1827.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission der UVEK das Wort hat Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich darf Ihnen im Namen der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission über die zwei genannten miteinander verbundenen Geschäfte berichten, Traktandum 12 und Traktandum 13.

Die UVEK ist auf beide Geschäfte eingetreten und hat sie zusammen in einer Sitzung am 13. Mai behandelt und abgeschlossen. Die Geschäfte waren unbestritten und die UVEK hat sich für einen mündlichen Bericht entschlossen. Auch wenn uns formell zwei separate Ausgabenberichte vorliegen und diese auch getrennt behandelt und beschlossen werden, gehören sie aber inhaltlich zusammen und ich berichte deshalb auch gleich über beide Ausgabenbewilligungen, denn sie verfolgen ein gemeinsames Anliegen, nämlich die Verbesserung der Freiraumsituation im ganzen Rosentalquartier.

Das Rosentalquartier ist ein sehr dynamisches Quartier mit hoher Bevölkerungsdichte und im Vergleich zu anderen Quartieren mit wenig Freiräumen und gleichzeitig aber mit hoher stadtklimatischer Belastung. Die Rosentalanlage soll langfristig saniert und neu gestaltet werden. Sie soll weiterhin als Veranstaltungsort funktionieren können, gleichzeitig aber auch für das Quartier einen besseren Nutzen erhalten. Ergänzend dazu sollen mobile Elemente eingesetzt werden, damit die Anlage in veranstaltungsfreien Zeiten belebter und nutzbarer wird und gleichzeitig während Grossveranstaltungen diese mobilen Angebote ins Quartier verlagert werden können. Sie ist also geprägt durch eine besondere Doppelfunktion, welche zu einem Spannungsfeld führt. Während den Veranstaltungen herrscht Hochbetrieb mit vielen Besuchenden, Logistik, Anlieferungen, Auf- und Abbau, Fuhrpark und intensiver Nutzung. In den Zwischenzeiten, und das verteilt auf das ganze Jahr, wirkt die Fläche dagegen häufig leer, unattraktiv und wenig nutzbar.



Bereits im Jahr 2001 hat der Grosse Rat einer Neugestaltung des Messeplatzes und der Rosentalanlage zugestimmt. Damals war die Neugestaltung jedoch an die Bedingung geknüpft, dass für Grossveranstaltungen zuerst ein Ersatzstandort gefunden werden muss. Eine solche zusammenhängende Fläche, welche Anforderungen an Erschliessung, Logistik, Lärmschutz und weitere Nutzungsinteressen stellte, dafür wurde leider kein zufriedenstellender Ersatzstandort gefunden. Der Regierungsrat entschied deshalb im Jahr 2021, die Standortsuche zu sistieren und die Rosentalanlage weiterhin als Standort für Grossveranstaltungen zu belassen.

Damit blieb aber der Sanierungs- und Aufwertungsbedarf bestehen. Die Anlage wird intensiv beansprucht, der Baumbestand ist stadtklimatisch wertvoll, gleichzeitig wird er aber durch Bodenverdichtung, schwere Fahrzeuge, Aufbauten und wiederkehrende Belastungen geschwächt. Ersatzpflanzungen sind aufgrund der heutigen Nutzung nur eingeschränkt möglich. Auch die Veranstaltungsinfrastruktur ist teilweise ungenügend, insbesondere fehlen geeignete Medienpunkte und klare, baumschonende Lösungen.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Vorstudie zur Aufwertung der Rosentalanlage und des angrenzenden Quartiers erarbeitet. Diese bildet die gemeinsame Grundlage, nicht die fertige Projektierung der beiden Ausgabenberichte. Die Vorstudie arbeitet mit drei Teilstrategien. Teilstrategie Rosentalanlage, sie definiert die Eckpunkte für die Sanierung und Neugestaltung der Anlage. Ziel ist, die Aufenthaltsqualität im Quartier zu verbessern und die Veranstaltungsfläche für Grossanlässe zu optimieren, Baumbestand und Vegetationsflächen aufzuwerten und zu vergrössern und die Zugänglichkeit für Fussgängerinnen und Fussgänger zu verbessern. Weiter soll vor der Kapelle, welche übrigens unter Denkmalschutz steht, entsiegelt und stärker begrünt werden. Die Anlage soll zum Messeplatz und zum Rosentalturm hin durchlässiger werden und gegen die Riehenstrasse hin soll ein dichter grüner Rahmen als Abgrenzung Lärm- und Sicherheitsmassnahmen entstehen.

Zur Teilstrategie Strassenräume. Sie prüft, wie siedlungsorientierte Strassenräume im Quartier besser als Aufenthalts- und Begegnungsräume genutzt werden können. Und zuletzt zur Teilstrategie Pocket Parks, mein Lieblingswort. Dabei geht es um kleine, heute unternutzte Restflächen oder Zwischenräume, die mit zusätzlichem Grün, Sitzgelegenheiten, Spiel-, Sport- oder Begegnungselementen zu kleineren Quartierfreiräumen aufgewertet werden können.

Wichtig ist, die Teilstrategien stehen nicht nebeneinander, sondern ergänzen sich. Gerade weil im Rosentalquartier grössere zusammenhängende neue Freiräume kaum realisierbar sind, sollen auch kleinere Spielräume genutzt werden können. Dies betrifft etwa mögliche Aufwertungen beim Musical Theater, in der Bleichestrasse, an der Jägerstrasse/Schönaustrasse sowie bei der Grünflächen an der Mattenstrasse. Diese Massnahmen sind im vorliegenden Kredit noch nicht direkt enthalten, sollen aber im Rahmen separater Vorprojekte weiter bearbeitet und mit ohnehin anstehenden Erhaltungsmassnahmen koordiniert werden.

Mit dem ersten Ausgabenbericht, Traktandum 12, beantragt der Regierungsrat Mittel in der Höhe von insgesamt 725'000 Franken für die Konzeption und Umsetzung von mobilen Elementen auf der Rosentalanlage und für das ganze Rosentalquartier. Dafür sind 625'000 Franken finanziell rechtlich neu, 100'000 Franken sind bereits über den Ratschlag zum Stadtklimakonzept bewilligt worden.

Die Idee der mobilen Elemente ist zentral und ermöglichen eine raschere Verbesserung der Nutzbarkeit und können bereits vor der umfassenden baulichen Umgestaltung der Rosentalanlage ihre Wirkung entfalten. In veranstaltungsfreien Zeiten sollen sie auf der Rosentalanlage stehen und die zwischenzeitlich leere Fläche von immerhin 50% der Jahreszeit beleben. Während Grossveranstaltungen sollen sie in geeignete Bereiche im Quartier verschoben werden können und dort weiterhin nutzbar bleiben. Geplant sind beispielsweise Sitzgelegenheiten, Tische, Schattenspenden, mobile Begrünung, Wasserelemente, Sportgeräte sowie Spielangebote für Kinder und Erwachsene. Die Elemente sollen möglichst unterschiedliche Altersgruppen und Nutzungsbedürfnisse ansprechen. Bestehende Elemente, etwa aus dem Stadtklimakonzept, können durchaus integriert werden. Es braucht aber gleichzeitig für diesen Standort spezifische, gestalterisch überzeugende und technisch geeignete Elemente, weil sie regelmässig auf- und abgebaut oder verschoben werden müssen. So ein Rundumpaket.

Mit dem zweiten Ausgabenbericht, Traktandum 13, beantragt der Regierungsrat 850'000 Franken für die Durchführung eines landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs und die anschliessende Weiterbearbeitung des Siegerprojekts bis zur Ratschlagsreife. Davon entfallen 450'000 Franken auf das Wettbewerbsverfahren und 400'000 Franken auf die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts. Es werden keine zusätzlichen Personalmittel beantragt.

Auch wenn bereits relativ viele Vorgaben bekannt sind, aber noch kein fertiger Gestaltungsraum existiert, sondern nur ein grobes Schema mit Randbedingungen, braucht es einen Wettbewerb. Er soll Antworten und Lösungen auf eine sehr komplexe Aufgabenstellung liefern. Es braucht deshalb verschiedene qualitätsvolle Planungsvarianten zur Ansicht, um schlussendlich ein ausgereiftes, stimmiges Projekt für diese vielschichtigen Anforderungen zu bekommen. Frühere Planungsideen sind aufgrund der veränderten Ausgangslage nicht mehr direkt übertragbar.

Ein wesentlicher Punkt in der Projektierung ist der Einbezug des Quartiers. Die Partizipation soll klar sichtbar und verbindlich ausgestaltet werden. Für den Wettbewerb ist eine Quartiervertretung im Beurteilungsgremium vorgesehen, zudem sollen



Anliegen und Bedürfnisse der Quartierbevölkerung vor der Ausschreibung abgeholt und in die Wettbewerbsunterlagen aufgenommen werden. Auch in der Weiterbearbeitung des Siegerprojekts soll die Quartierbevölkerung einbezogen werden.

Aufgrund der detaillierten Ausführungen der Fachpersonen, der Nachvollziehbarkeit der Anliegen und der daraus entstandenen kurzen Diskussion in der Kommission beantragt die UVEK dem Grossen Rat einstimmig, beiden Ausgabenbewilligungen zuzustimmen.

Ich bedanke mich im Namen der UVEK bei der Verwaltung für die kompetente Erarbeitung der beiden Geschäfte und die konstruktive Zusammenarbeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank der Kommission für die sehr schnelle Behandlung und auch den Bericht heute, vielen Dank an die Vizepräsidentin für die ausführliche und gute Berichterstattung. Ich glaube, es ist klar, Ziel der beiden Ratschlüsse ist wirklich die Verbesserung der Situation in diesem Quartier. Wer sich ab und zu dort aufhält, weiss, dass dort die Freiräume wirklich äusserst knapp sind. Im Moment in diesen heissen Tagen fehlt es an Grünräumen, wo man hingehen kann und sich abkühlen kann, und wenn man sich dann noch bewusst ist, dass das ein Quartier ist mit sehr viel günstigem Wohnraum und jetzt tendenziell nicht in grosszügigen Gartenanlagen in den Innenhöfen oder topmodernen Häusern, die gut gekühlt sind, kann man sich vorstellen, dass das ein Quartier ist, das darauf angewiesen ist, dass es draussen attraktive Flächen gibt.

Deshalb haben wir das sehr umfassend angeschaut und nicht nur mit kurzfristigen Massnahmen wollen wir arbeiten, sondern auch mit mittelfristigen und langfristigen. Es ist ein Gesamtkonzept, das Sie hier vorliegen haben mit Traktandum 12 und 13. Natürlich werden wir auch langfristig wirklich an den Strassen entsiegeln wollen, aber wie immer schauen wir, dass wir das im Rahmen des Erhaltungsbedarfs machen, also dass wir die Strassen vor allem dann anfassen, wenn wirklich auch etwas an der Infrastruktur gemacht werden muss. Die mobilen Elemente bei der Rosentalanlage sollen die Menschen auch zur Begegnung einladen. Ich denke, auch das in den Quartieren ist wirklich sehr wichtig, zumal das Rosentalquartier sonst kein eigentliches Zentrum hat.

Ich spreche auch gleich zu beiden Traktanden. Ich gehe davon aus, dass es noch zu diskutieren gibt, dass wir hier Gelder für einen Wettbewerb abholen bei der Rosentalanlage. Die Vizepräsidentin der UVEK hat es vorhin sehr gut ausgeführt, natürlich kann man jetzt sagen, braucht es da einen Wettbewerb. Aber ich denke schon, wenn man sich überlegt, dass die Ausgangslage eben sehr komplex ist, dass wir dort eine Fläche haben, die weiterhin auch für Veranstaltungen sich eignen soll, daneben haben wir Flächen, die teilweise für das Quartier zur Verfügung stehen soll, andererseits aber auch für die Logistik genutzt werden muss und dann wiederum ganz andere Flächen, die man wirklich aufwerten soll, nutzbar machen soll für das Quartier. Es ist nicht eine ganz einfache Aufgabe, die da zu lösen ist. Wenn sie so einfach wäre, hätten wir sie auch schon schneller gelöst. Und ich denke, da kann ein Wettbewerb wirklich gute Ideen einbringen, kann gute Ideen generieren. Es kommt hinzu, dass wenn wir das mit Direktvergaben machen, dann müssen wir die Planung mit dem einen Büro machen und dann für die Realisierung nochmals ausschreiben und das bedeutet einen Unterbruch bei den zuständigen Personen, einen gewissen Knowhow-Verlust und auch das, denke ich, wäre nicht förderlich für das Projekt.

Deshalb bitte ich Sie sehr, diesen beiden Ratschlüssen zuzustimmen, einerseits diesen mobilen Massnahmen und den Pocket Parks, diesen eher, ich sage mal, kurz- und mittelfristigen Planungen und dann aber auch diesem Ratschluss zum Thema Sanierung und eben teilweise Neugestaltung der Rosentalanlage, die doch ein sehr wichtiges Element auch für die künftige Freiraumversorgung von diesem Quartier bietet.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Erste Fraktionssprecherin für die SVP ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Auch ich spreche gleich für das Traktandum 12 und 13, so sind wir heute etwas effizienter in dieser Hitze. Die SVP beantragt Ihnen, das Geschäft zurückzuweisen und sollte das keinen Erfolg haben, das Geschäft abzulehnen. Weshalb? Ich werde hier nur auf die Punkte eingehen, die uns dazu bewogen haben, hier das Geschäft zurückzuweisen.

Wir anerkennen, dass das Rosentalquartier ein Quartier ist, das sehr wenig Grün hat und der entsprechende Hitzestau dort sehr gross ist. Ich habe selber in diesem Quartier gewohnt und habe das auch am eigenen Leibe erlebt. Allerdings geht es hier darum, löst man dieses Problem mit einer langfristigen Planung. Also hier sollte man nichts überstürzen, man muss hier längerfristig planen, man muss hier die Veränderungen nachhaltig bewirken und das wurde hier in diesem Quartier sehr lange komplett verpasst.



Es fehlen die Grünflächen, das anerkennen wir absolut. Doch warum möchten wir zurückweisen? Wir haben Veränderungen, die kommen, die anstehen. Wir haben den Rosentalurm, auch dort ist Grün eingeplant, wir haben das Gebiet Rosental Mitte, wo man auch anerkannt hat, dass man hier frei werdende Flächen zur Begrünung und für die Öffentlichkeit nutzen kann. Das ist positiv, aber genau deshalb ist es absolut falsch, hier jetzt mit symbolischen Massnahmen, ich nenne es jetzt mal so, wie sogenannte Pocket Parks, hier, sind wir doch ehrlich, einfach wieder Parkplätze abzubauen. Wir sind nicht mehr gewillt, hier Massnahmen zuzustimmen, wo es immer Anti-Auto geht.

Ich muss der Verwaltung zugestehen und ich bin fast schon ein bisschen neidisch über diese Kreativität, wie immer wieder neue Gründe gefunden werden, wie man Parkplätze abbauen kann. Die neueste Erfindung, die Pocket Parks, das ist eine ultimative, super Erfindung. Ohne jegliche Wirkung kann man hier wieder Parkplätze abbauen, symbolisch behaupten, man begrünt. Eine Wirkung für die Anwohner gibt es nicht, insbesondere wenn man dann anschaut, wo beispielsweise diese Pocket Parks geplant sind. Angefangen bei der Bleichenstrasse beispielsweise, ich glaube, das ist etwa der einzige Ort noch, wo man mehr als zwei Parkplätze nebeneinander hat in diesem Quartier. Was macht man radikal, hier gleich mal die ganze Fläche streichen, um ein paar wenige Bäumchen zu pflanzen. Dahinter ist die Messe, da wird kein Anwohner davon profitieren, wenn da die Wand hochgeht vom Messegebäude. Ähnlich ist es auch gleich beim Musical, da haben wir ja schon ein paar Bäume, da will man jetzt halt noch zwei, drei mehr hinstellen, damit man diese vier, fünf Parkplätze rundherum auch noch abbauen kann. Mehrwert Null. Man hat hier schon zwei, drei Bäume und sorry, Frau Regierungsrätin Esther Keller, an Tagen wie diesen, wie heute, wird man nicht in einen Pocket Park, wo drei Bäume stehen, hingehen, um sich abzukühlen, weil auch dort kann man sich bei 37 Grad nicht mehr abkühlen.

Ja, es geht halt hier immer um diesen Parkplatzabbau und man muss schon sagen, im Rosentalquartier haben wir mehr als 100% Auslastung der Parkplätze. Also was bewirkt man, wenn man hier jetzt diese Parkplätze abbaut, um ein paar Bäume zu pflanzen, sehr symbolisch? Man bewirkt mehr Suchverkehr, also hat man mehr Verkehr, wieder weniger Sicherheit, wird ja argumentiert, mehr Fahrkilometer, mehr Abgase, auch mehr Wärme, die diese Fahrzeuge wieder abgeben, also es ist überhaupt gar kein Mehrwert, es ist keine Entlastung für das Quartier, es ist einfach wieder eine andere Belastung. Und wenn ich in einem Auto drin sein muss, weil ich keinen Parkplatz finde, ist das auch kein Mehrwert.

Sie sehen, wir haben immer das Gleiche, auch hier, ich stehe jedes Mal hier, ich denke, ich wiederhole mich gefühlt schon zum 15. Mal und das, obwohl ich erst seit eineinhalb Jahren im Grossen Rat bin. Es ist wieder so, man möchte Parkplätze abbauen, verweist auf zukünftige Projekte, wo Parkplätze unterirdisch gebaut werden, ja, jetzt wollen wir zuerst mal diese Parkplätze sehen, dann können wir darüber sprechen, ob wir oberirdisch diese abbauen.

Was mir auch noch fehlt in diesem Ratschlag ist schon auch bei all der Kreativität, die ich jetzt gelobt habe, für Gründe zu finden, Parkplätze abzubauen, fehlt mir die echte Kreativität, hier entlastende Massnahmen zu finden. Begrünung an Fassaden, Begrünung auf Dächern, Entsiegelung von Wegen, stattdessen findet man immer Gründe, den Baum genau auf dem letzten bestehenden Parkplatz noch hinzustellen. Hier wollen wir deshalb nicht einfach nur ablehnen, sondern in erster Linie beantragen wir die Zurückweisung, weil wir hier sagen, das könnte man doch überarbeiten und hier Massnahmen treffen, die nicht immer die armen Autofahrer betreffen, dass die noch mehr leiden, sondern hier gibt es genügend Möglichkeiten, man sieht ja auch einzelne positive Massnahmen in diesem Ratschlag, es gibt also Möglichkeiten, Massnahmen zu ergreifen, ohne ständig diese Parkplätze abzubauen. Und auch hier, es ist nicht nur das belasteste Quartier betreffend wenig Grünflächen, es ist auch das belasteste Quartier betreffend zu wenig Parkplätze. Das heisst, das muss man einfach beides berücksichtigen und hier beantragen wir, dass man hier Massnahmen ergreift, ohne Symbolpolitik, mit echter Wirkung und ohne ständig die Anwohner mit dem Abbau von Parkplätzen zu belästigen.

Ja, und dann noch kurz zum Traktandum 13, eben dieser erneute Wettbewerb, die Regierungsrätin hat es angesprochen. Wir sehen das nicht, das ist aus unserer Sicht wieder einfach Geld, das wieder neu ausgegeben wird. Ja klar, das sind lange Prozesse, aber deshalb möchten wir auch hier beim Traktandum 13 auch zurückweisen oder dann allenfalls abweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Diese wird angenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich verstehe die SVP-Fraktion nicht ganz. Beat K. Schaller hat uns Anfang Juni erklärt, dass die Menschen es gern heiss mögen, jetzt mögen sie es doch nicht heiss und brauchen diese Pocket Parks nicht. Können Sie mir sagen, gibt es jetzt die Klimaerwärmung, den Klimawandel, mögen die Menschen jetzt Hitze oder nicht?

Laetitia Block (SVP): Ich habe nie behauptet, dass die Menschen Hitze nicht mögen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.



Stefan Wittlin (SP): Auch ich spreche gleich zu beiden Rosental-Geschäften. Die SP-Fraktion zeigt sich erfreut über die beiden vorliegenden Ausgabenberichte zur Rosentalanlage. Endlich geht die Planung für diesen zentralen Ort im Rosentalquartier spürbar voran. Lange Zeit war die Situation blockiert, doch mit den nun vorliegenden Geschäften machen wir einen wichtigen Schritt, um die Freiraumversorgung für die Menschen in diesem Quartier endlich nachhaltig zu stärken.

Zum ersten Geschäft, den mobilen Elementen und anderen Massnahmen im Quartier. Der Einsatz dieser flexiblen Infrastruktur ist ein sinnvoller und zeitgemässer Ansatz. Die Rosentalanlage steht, das wissen wir, in einem Spannungsfeld zwischen der Nutzung für Grossereignisse, wie der Herbstmesse oder dem Zirkus Knie, und den alltäglichen Bedürfnissen der Quartierbevölkerung nach Freiraum. Die mobilen Elemente von Sitzgelegenheiten über Stattenspender bis hin zu Spielgeräten stellen die nötige Nutzungsflexibilität sicher. Wenn die Anlage durch Veranstaltungen belegt ist, können diese Elemente einfach an andere Orte im Quartier, in die umliegenden Strassen oder die Pocket Parks verschoben werden. Sie sind vielseitig einsetzbar und können im Bedarfsfall sogar in anderen Quartieren zum Einsatz kommen. Besonders hervorzuheben ist, dass diese Massnahmen schnell umgesetzt werden können und somit einen sofortigen Impuls für mehr Lebensqualität im Rosental setzen.

Zum zweiten Geschäft, der Durchführung eines Landschaftsarchitekturwettbewerbs. Für die langfristige Sanierung und Neugestaltung ist ein Wettbewerb das richtige Instrument, denn Wettbewerb schafft Qualität. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir es hier mit einem sehr sensiblen Raum zu tun haben. Die Rosentalanlage beherbergt nicht nur einen wertvollen geschützten Baumbestand, der unter der intensiven Nutzung leidet, sondern mit der Kapelle von Melchior Berri auch ein bedeutendes Baudenkmal. Gleichzeitig sind die Nutzungsanforderungen massiv. Die Anlage muss weiterhin als Ort für Grossveranstaltungen funktionieren und gleichzeitig den ökologischen und stadtklimatischen Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Angesichts der baulichen Verdichtung im Umfeld steigt der Druck auf diese Fläche weiter an. Dies alles erfordert eine äusserst sorgfältige Planung, die durch das beantragte Wettbewerbsverfahren gewährleistet wird.

Ich möchte an dieser Stelle gerne noch kurz replizieren auf die beiden Rückweisungsanträge von Laetitia Block. Dass Sie zurückweisen wollen wegen den Parkplätzen, erstaunt uns nicht, dennoch ist es etwas kleinlich. Es geht hier wohl um sehr wenige Parkplätze und insgesamt entstehen ja in diesem Quartier viele neue Parkplätze, sowohl mit dem Bau des Rosentalturms wie auch mit dem geplanten Quartierparking bei der Siedlung anstelle der Messehalle 3. Da mache ich mir wirklich keine Sorgen, hingegen sind diese Grünräume, diese Aufwertung dieser Strassenräume dringend notwendig.

Und zum zweiten Geschäft, so wie ich Sie verstanden habe, finden Sie das Wettbewerbsverfahren hier nicht angemessen. Ich habe es schon gesagt, ich möchte aber nochmals verdeutlichen, weshalb es ein Wettbewerbsverfahren braucht, vielleicht auch für die nachfolgenden Voten. Ich möchte zwei Punkte hervorheben. Ein Wettbewerb ist ein Qualitätssicherungsinstrument und dieses Verfahren garantiert durch eine breite Palette an Entwürfen eine deutlich höhere gestalterische Qualität, als dies bei einer Ausschreibung ohne Varianzverfahren zu erwarten wäre. Es kommt hinzu, dass die Motivation und das Engagement der Planenden in einem Wettbewerbsverfahren einfach besonders hoch sind.

Der zweite Punkt ist, die geringen Planungskosten bei gleichzeitig sehr grossem Gestaltungsspielraum, die wir eben in einem Architekturwettbewerb oder einem Landschaftsarchitekturwettbewerb in diesem Fall haben. Gemessen an den geschätzten Gesamtkosten hier von 3.8 Mio. Franken sind die Wettbewerbskosten von 450'000 Franken verhältnismässig gering und der Gestaltungsspielraum ist in dieser Phase am grössten. Und deshalb lohnt es sich, in die Varianz zu investieren, um eine grosse Bandbreite an Entwürfen zu erzielen und damit auch die bestmögliche Planung zu erhalten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, hier zuzustimmen. Wir investieren in ein Quartier, das diese Neugestaltung dringend braucht. Die Kombination aus schnellen Massnahmen und einer qualitativ hochwertigen, langfristigen Planung, das ist der richtige Weg.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen, Daniel Seiler und Jenny Schweizer. Diese werden beide angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich frage mich grundsätzlich, stimmen wir heute über die Pocket Parks ab oder stimmen wir diesen zu, weil wir den Ratschlag überweisen oder die Kosten genehmigen? Das ist mir nicht ganz klar, wenn ich die Unterlagen lese.

Stefan Wittlin (SP): Ich würde vorschlagen, dass Regierungsrätin Esther Keller diese Frage nachher noch beantwortet. Ich finde sie nämlich wichtig und ich glaube, sie kann das besser als ich.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Jenny Schweizer.



Jenny Schweizer (SVP): Vielen Dank für die Annahme. Bei mir geht es auch um die Pocket Parks. Sie haben gesagt, man könnte es dann auch in anderen Quartieren anwenden. Haben Sie schon welche im Kopf, wo Sie das anwenden würden?

Stefan Wittlin (SP): Da habe ich nicht von den Pocket Parks gesprochen, sondern von den mobilen Elementen, die auch in anderen Quartieren zum Einsatz kommen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf einmal mehr über ein UVEK-Geschäft sprechen, weil Sie ja schon von unserer UVEK-Kollegin gehört haben, die für die Kommission gesprochen hat. Sie haben gesehen, wir haben ein Plus für die mobilen Massnahmen und ein Offen für den Wettbewerb. Gerne erläutere ich kurz die Ursprünge dieser Positionen, die vor allem zum Offen geführt haben und dazu, dass wir gerade beim Wettbewerb noch ein bisschen unschlüssig sind.

Wir stimmen zu, dass dieses Quartier, das stark belastet ist, dicht bebaut ist, eine Aufwertung braucht, auch die mobilen Massnahmen, die ja dann doch auch erst in zwei Jahren, wenn ich es richtig im Kopf habe, wirken, aber die sicher dort eine gewisse Flexibilität reinbringen, die es dringend benötigt, gerade auch wegen dem Messestandort, zu dem wir uns weiterhin stark bekennen seitens LDP. Die mobilen Massnahmen ermöglichen dort wirklich diese Flexibilität zwischen Messe, die auch der Wirtschaft hilft, und aber auch Tourismus, auch in Sachen Freizeitvergnügen, wenn man an die Zirkusse denkt oder an das Zelt. Das Stadtklima würde sicher auch ein bisschen profitieren, wie fest das mit den mobilen Massnahmen so ist, da sind wir noch ein bisschen unschlüssig, aber es ist sicher einmal ein Signal in Richtung Bevölkerung, das wir als wichtig erachten. Wir möchten auch unterstreichen, dass das Denken in Flexibilität, das hier gemacht wurde, in unseren Reihen Anklang findet, weil das durchaus nicht immer der Fall ist und hier jetzt doch Möglichkeiten erschliesst, die wir bisher noch nicht so kennen.

Zu den Punkten, die wir kritisieren. Uns ist sehr wichtig, dass wirklich dieses Quartierparking Messehalle 3 miteinbezogen wird in die Timeline, also dass ein Parkplatzabbau nicht zu einer Überbelastung des Quartiers und mehr Suchverkehr ohne Chance auf Finden führt, sondern dass da wirklich mitgedacht wird, ab wann diese neuen Plätze verfügbar sind, was wir so noch zu wenig gewiss herauslesen konnten.

Dann ist es sicher auch, dass wir beim Wettbewerb jetzt zwar gehört haben, dass es die Qualität verstärkt, wir sehen dort aber auch den Punkt, dass es die Kosten, die über die letzten Jahre, ja fast Jahrzehnte schon aufgelaufen sind, auch nochmals in die Höhe schraubt und dass dort auch das Risiko besteht, dass gewisse Vorkenntnisse, die da sind, dann einfach noch einmal quasi in Rechnung gestellt werden, weil diese auch miteingeflochten werden. Ob da nicht schon mehr Kompetenzzentrum vorhanden ist in der Verwaltung, die sich bis jetzt mit dem Projekt auseinandergesetzt hat, und ob man wirklich das Quartier noch einmal vor eine Verzögerung stellen will, weil dieser Wettbewerb notwendig ist. Wir sehen auf der anderen Seite aber auch, dass es sehr viele Personen oder Personengruppen mit Ansprüchen gibt und dass ein Wettbewerb diese wahrscheinlich sehr gut aufnehmen könnte. Also dort sind wir in dieser Zwickmühle drin. Schlussendlich muss ein Erkenntnisgewinn aus diesem Wettbewerb drin liegen und die Planungsphase bald darauf folgen und dann vor allem die Realisierung schlussendlich, weil das ist das, was dann wirklich einen Mehrwert bringt der Bevölkerung, also auf der grossen Fläche vor allem, weil die Pocket Parks, die sind vielleicht cool zum Ausprobieren, aber ob das dann wirklich die grosse Erkenntnis und vor allem Erfrischung bringt, das wagen wir stark zu bezweifeln.

Von dem her haben wir ein Offen. Es wird in verschiedene Richtungen gehen, aber für die mobilen Massnahmen sprechen wir uns ganz klar aus.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Beim Geschäft 12, eben die Pocket-Frage, die wird ja geklärt. Die FDP ist eigentlich einverstanden mit dem Mobiliar auf dieser Rosentalanlage, das vor allem auch vor dem Hintergrund, dass dieses Projekt von dieser Neugestaltung jetzt dann wirklich 25 Jahre dauert. Ich habe nachgeschaut, der ursprüngliche Ratschlag, der kommt aus dem Jahr 2000, ist nicht mehr mal online verfügbar, also es wurde im 2001 dann effektiv verabschiedet. Also wir diskutieren über etwas, das im letzten Jahrtausend schon ein Thema war.

Ich habe heute Morgen über diese 190 Projekte im Geschäftsmodell Infrastruktur kurz gesprochen und eines davon ist dieses Projekt in dieser Rosentalanlage. Wenn wir uns das jetzt ein bisschen anschauen, können wir das mal kurz



einblenden, und vielleicht zusammen, es tut mir leid, zusammen ein bisschen diese Komplexität von diesem Areal anschauen, ich sehe diese Komplexität nicht. In der Vorstudie wurde ganz klar geregelt, was da gemacht werden soll. Die Rosentalanlage bleibt ein Veranstaltungsort, die Fläche soll erhalten bleiben, die Veranstaltungsfläche, man sagt sogar, was damit passieren soll, sie soll chaussiert und als wassergebundene Fläche ausgestaltet werden. Vor der Kapelle soll ein Baumhain entstehen. Auch das ist geklärt, was da passieren soll. Hintendran bei dieser Grünanlage, auch da ist geklärt, was gemacht werden soll. Quartierbegrünung, mehr Bäume, das ist alles relativ klar. Sie haben sogar schon geklärt, dass Sie die Parkplätze auf der Strasse aufheben wollen auf der einen Seite und auf der anderen Seite dann die Wohnwagen hinstellen wollen für die Zirkusanlagen. Im unteren Bereich sagen sie, das soll dicht bleiben, es soll eigentlich wenig Zugänge haben, oben zu der Messe soll es durchlässiger sein.

Jetzt machen wir wirklich für eine halbe Million einen Projektwettbewerb, wo wir ein bisschen zwei Jahre lang darüber diskutieren, ob wir jetzt da oben diesen Durchgang fünf Meter oder sechs Meter mehr auf die Seite schieben oder nicht. Ist das wirklich jetzt die Aufgabe, die wir jetzt irgendwelchen Planungsteams machen für eine halbe Million Franken, statt wir jetzt hingehend und sagen, wir haben einen Plan, wir haben eine Vorstudie gemacht, wie wir es bei diesen Pocket Parks machen, da brauchen wir nicht mal eine Ausgabenbewilligung oder ein Antrag, das schwingt dann einfach so mit jetzt mit den anderen Geldern, die nehmen wir dann einfach da mit und setzen die dann um, wenn die Areale umgesetzt werden. Und jetzt brauchen wir wirklich für das eine halbe Million, ich verstehe das nicht. Wir können doch jetzt direkt eine Ausschreibung machen, dann gibt es ein Architektur-, Planungsbüro, das einen Vorschlag macht, dann setzen wir das um. Jetzt machen wir zwei Jahre nochmal und nachher braucht es noch zwei Jahre für die Verfeinerung.

Ich verstehe, wenn Sie warten wollen, bis der Rosentalturm fertig ist, das verstehe ich, dann warten Sie halt vielleicht noch ein paar Jahre, aber jetzt da einen Projektwettbewerb in dieser Konstellation zu machen und dann binden Sie jemanden vom Quartier ein, das haben wir beim Landhof versucht, diese Einbindung vom Quartier. Ich mag mich noch erinnern, es hiess da, Landhof, die Tribüne, die muss bestehen bleiben, das ist eine Voraussetzung, nachher gab es x Eingaben in diesem Projektwettbewerb, glaube ich, einer wollte die Tribüne stehen lassen, die Tribüne steht heute noch und all diese Projekte, die wurden nicht realisiert, weil sie eben nicht passen. Bei der Solitude haben wir die gleiche Situation, da machen wir jahrelang Projektwettbewerb, damit wir das Problem lösen. Wir sollten umsetzen und darum ist die FDP dezidiert gegen diesen Projektwettbewerb.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Stefan Wittlin. Diese wird angenommen.

Stefan Wittlin (SP): Ist Ihnen bewusst, dass das Wettbewerbsverfahren auch ein Instrument der öffentlichen Beschaffung ist und dass damit sichergestellt werden kann, dass das Büro mit der besten Qualität beauftragt wird und nicht einfach jenes mit dem geringsten Honorar?

Daniel Seiler (FDP): Das habe ich noch nie gehört, dass Architekturwettbewerber sich nur auf das Geld beziehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Es wurden schon sehr viele Ausführungen gemacht. Wir folgen in grossen Teilen auch der Meinung der SP, insbesondere zum Mobiliar und der Wettbewerbsausschreibung. Aber was ich gerne noch einmal betonen möchte, hier noch einmal ins Zentrum setzen möchte, ist diese Aussage dazu, dass diese Pocket Parks keine Wirkung hätten, dass diese nicht wichtig seien, dass diese nicht nötig seien. Wir reden hier von einem dieser Quartiere, und das ist auch eine Forderung der Bevölkerung, das am wenigsten Grünfläche aufweist, und es gibt zahlreiche Studien, die aufzeigen, dass eben auch kleine Grünräume eine starke Wirkung haben, nicht nur für die Kühlung, auch für die Biodiversität, aber insbesondere für die Kühlung. Und da kann man sich lustig machen darüber oder nicht, wir können hier auch immer darüber streiten, welche Bäume wir, gemeinsam mit der SVP übrigens, stehen lassen wollen und nicht fällen wollen. Aber es gibt auch immer wieder diese Forderung dazu, dass wir neue Plätze schaffen müssen. Diese sind eng in der Stadt, sie haben eine wichtige Bedeutung, nicht jetzt für unsere nächsten fünf Jahre, aber diese Bäume, die wir auch platzieren müssen für die lange Zukunft, in der es nicht kühler wird, sondern heisser, und wenn man sich in der Stadt bewegt in den Tagen, dann ist die Innenstadt ein Backofen und überall, wo man einen Baum findet, merkt man beim Durchgehen, wie viel kühler es ist. Dementsprechend einfach dem das noch entgegengesetzt, machen wir diese Stadt grüner, bauen wir sie um für eine Zukunft, die heisser wird.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte mich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit einfach noch auf die Frage konzentrieren, was Sie hiermit eigentlich beschliessen. Ich glaube, in dem Sinne schauen Sie am besten nochmal auf Seite 22. Also tatsächlich geht es jetzt mit Ihrem Ja zu den mobilen Elementen nicht um einen Stossrichtungsentscheid für oder gegen die Pocket Parks, sondern die Beschlüsse hier sind tatsächlich rein finanzieller Natur für die mobilen Elemente. Uns war es einfach wichtig, Ihnen diese Gesamtstrategie anzuhängen, weil etwas, was Sie uns ja häufig auch vorhalten, zum Teil auch zu Recht, dass wir nur einzelne Elemente der Planung Ihnen präsentieren und hier ist eines der ersten Quartiere, wo wir eben eine gesamthafte Planung gemacht haben im Sinn von, was kann man jetzt für mehr Freiräume und mehr Grünräume kurzfristig, mittelfristig und langfristig tun. Und dieses Gesamtkonzept wollten wir Ihnen aufzeigen. Beschliessen heute mit Traktandum 12 tun Sie allein die Ausgaben für die mobilen Elemente. Die Abklärungen für die Pocket Parks, die machen wir ohnehin und wenn sich diese als sinnvoll erweisen, werden diese voraussichtlich als Ausgabenbewilligung separat wieder zu Ihnen kommen. Deshalb bitte ich Sie sehr, hier zuzusagen zu diesen mobilen Elementen, damit wir rasch eine gewisse Linderung für dieses Quartier schaffen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten. Laetitia Block beantragt, den Ausgabenbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Ausgabenbericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 74 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009212, 24.06.26 17:40:43]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 11 Ja-Stimmen gegen 74 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung den Bericht nicht zurückgewiesen.

Wir kommen zur **Detailberatung** (Seite 22 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

1. Totalbetrag

- Einmalige Ausgabe
- Investitionskosten Herstellung mobile Elemente
- Investitionskosten mobile Elemente zu Lasten Stadtklimakonzept
- Folgekosten Unterhalt und Betrieb
- Entwicklungsbeitrag mobile grüne Elemente

Publikationsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.



Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009214, 24.06.26 17:41:52]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 725'000 für die Umsetzung von Aufwertungsmassnahmen zugunsten des Rosentalquartiers (Umsetzung Vorstudie Rosentalanlage) bewilligt.

Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

Fr. 110'000 einmalige Ausgabe für die Konzeption mobiler Elemente, einsetzbar auf der Rosentalanlage und im Quartier zu Lasten der Planungspauschale des Bau- und Verkehrsdepartements, Generalsekretariat

Fr. 250'000 für Investitionskosten für die Herstellung mobiler Elemente für die Jahre 2027 bis 2028 für den Einsatz auf der Rosentalanlage und im Quartier zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, IB1a Stadtentwicklung + Allmendinfrastruktur, Mehrwertabgabefonds

Fr. 100'000 für Investitionskosten für die Herstellung mobiler Elemente für die Jahre 2027 bis 2028 zu Lasten des Ratschlags Stadtklimakonzept vom 10. April 2024 (GRB 24/15/08G)

Fr. 250'000 für die Folgekosten für die Jahre 2028 bis 2032 für den Unterhalt und den Betrieb der mobilen Elemente auf der Rosentalanlage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

Fr. 15'000 für den Entwicklungsbeitrag mobiler, grüner Elemente für die Jahre 2028 bis 2032 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 75 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Wir machen noch Traktandum 13, aber ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass wir für morgen Vormittag nicht genügend Traktanden haben, dass wir den ganzen Vormittag füllen, entsprechend beenden wir heute die Sitzung um 18 Uhr und das war dann die letzte Sitzung vor den Sommerferien.

13. Durchführung eines Wettbewerbs zur Sanierung und Neugestaltung der Rosentalanlage und die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts, Ausgabenbericht des RR

[24.06.26 17:42:24, 25.1835.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Kommissionssprecherin und auch die Regierungsrätin haben bereits zu Traktandum 13 gesprochen. Ich habe auch keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten. Laetitia Block beantragt, den Ausgabenbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Ausgabenbericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.



Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 74 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009217, 24.06.26 17:43:31]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie wollen mit 14 Ja-Stimmen gegen 74 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung den Ausgabenbericht nicht zurückweisen.

Wir kommen damit zur **Detailberatung** (Seite 14 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

1. Totalbetrag

- Einmalige Ausgabe Durchführung Projektwettbewerb
- Einmalige Ausgabe Weiterbearbeitung Siegerprojekt

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009219, 24.06.26 17:44:31]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Durchführung eines Wettbewerbs zur Sanierung und Neugestaltung der Rosentalanlage und der anschliessenden Weiterbearbeitung des Siegerprojekts werden Ausgaben in Höhe von Fr. 850'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

Fr. 450'000 als einmalige Ausgabe für die Durchführung eines landschaftsarchitektonischen Projektwettbewerbs zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Planungspauschale (Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

Fr. 400'000 als einmalige Ausgabe zur Weiterbearbeitung des Siegerprojekts zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» für die Projektierung bis zur Ratschlagsreife des Projekts (Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 69 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung dem Grossratsbeschluss zugestimmt.



14. Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo

[24.06.26 17:44:40, 24.5443.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Petitionskommission das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Fernwärme auch für Grossbasel-West» fordert den Einzug der Fernwärme westlich der Holeestrasse, Spalenring, Steinering bis an die Grenze zu Binningen und Allschwil, überall dort, wo bis jetzt Fernwärme nicht vorgesehen ist. Ausserdem fordert sie die Finanzierung des Anschlusses an die Fernwärme durch den Kanton.

Nach dem Hearing vom 31. März, an dem die Petitionskommission zwei Vertreter der Petentschaft sowie den Generalsekretär des WSU angehört hatte, wurde die Petition Anfang Juni 2025 auf Antrag der PetKo dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten überwiesen. Die Petitionskommission hatte Verständnis für die wirtschaftlichen Überlegungen, die dazu geführt hatten, dass der Grosse Rat im 2021 keinen flächendeckenden Ausbau des Fernwärmenetzes beschlossen hatte. Sie stuft deshalb auch die Forderung der Petition nach einem weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes als nicht angebracht ein, dies, weil es sich bei der Fernwärme um keine günstige Form der Wärmeversorgung handelt und weil es valable Alternativen dazu gibt.

Auch die von der Petentschaft monierte Ungleichbehandlung in finanzieller Hinsicht konnte die Petitionskommission nicht nachvollziehen. Auch wer eine Liegenschaft im Fernwärmegebiet besitzt, erhält den Anschluss vom Kanton nicht geschenkt. Die Förderpolitik des Kantons beruft sich auf die Investitionsungleichstellung und der Regierungsrat hat den Förderbeitrag für alternative Lösungen im Fernwärmegebiet Anfang 2025 sogar reduziert.

Bei der Information und Kommunikation stellte die Petitionskommission jedoch Verbesserungsbedarf fest. Die Kommission war klar der Meinung, dass die Hausbesitzer*innen, die ihre Wärmeversorgung umstellen müssen, vom Kanton umfassend unterstützt und informiert werden sollen, denn viele von ihnen fühlen sich überfordert. Sie sah klar eine Bringschuld des Kantons und bat deshalb um die Beantwortung konkreter Fragen, dazu verweise ich auf den Bericht.

Der Regierungsrat ist in seiner Stellungnahme vom 3. Februar ausführlich auf die Fragen eingegangen, hat die verschiedenen Informationsangebote für Hauseigentümer*innen erläutert und darüber informiert, dass im Laufe des Jahres 2026 eine dritte Person das Team der Energieberatung unterstützen wird, um der hohen Nachfrage gerecht zu werden. Zudem erläuterte der Regierungsrat den Ablauf für die konkrete Festlegung des IWB-Fernwärmegebiets sowie die Kriterien, die dafür angewendet wurden. Die PetKo kann nachvollziehen, dass eine weitere Veränderung des IWB-Fernwärmeversorgungsgebiets nicht geplant ist, dafür erhalten Verbundlösungen, wie zum Beispiel Nanoverbünde mit mindestens drei Liegenschaften, die ausserhalb des Fernwärmegebiets realisiert werden, Förderbeiträge.

Die PetKo zeigte sich zufrieden mit den Antworten des Regierungsrats und beantragt deshalb einstimmig, die Petition «Fernwärme auch für Grossbasel-West» als erledigt zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Marina Schai hat sich als Fraktionssprechende für die Mitte-EVP eingetragen.

Marina Schai (Mitte-EVP): Um es vorwegzunehmen, die Fraktion Mitte-EVP schliesst sich den anderen Fraktionen an und beantragt entgegen dem «Chrüzlistich» nicht, dieses Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. Trotzdem möchte ich noch zwei Punkte hervorheben, und zwar erstens, die Vertretung des Departements nimmt Stellung und führt unter anderem aus, ich zitiere: dass Fernwärme aus erneuerbaren Quellen nicht in beliebiger Menge zur Verfügung steht. Zitat Ende. Auch die Petitionskommission stellt dies in Frage. Sie sagt, unklar ist zudem, ob die bei einer höheren Nachfrage nach Fernwärme benötigte Menge an dekarbonisierter Wärme überhaupt produziert werden könnte. Dieses Problem wird auch nicht bestritten, aber einfach so als Gedankenanstoss, bei dieser Ausgangslage mutet es etwas seltsam an, dass die IWB dann ins Auge fasst, Wärme im Verbund nach Weil am Rhein zu liefern. Da stellt sich schon ein bisschen die Frage, warum man zu wenig erneuerbare Wärme für Basel hat, aber für Weil am Rhein funktioniert es oder generell für den Export. Auf der Homepage der IWB findet man das Projekt.

Der zweite Punkt, den hat Heidi Mück schon angesprochen, ich nehme ihn trotzdem noch einmal auf, die Petitionskommission hat auch im Bericht schon geschrieben, es sei sehr wichtig, dass Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die ihre Wärmeversorgung umstellen müssen, vom Kanton oder den IWB proaktiv über die verfügbaren Möglichkeiten informiert und bei der Auswahl unterstützt werden. Die Regierung aber verweist einfach darauf, dass Informationen beim AUE gratis erhalten werden können und auch auf der Homepage entsprechende Informationen verfügbar seien. Dies ist in unseren Augen keine proaktive Informationsstrategie. Die betroffenen Personen müssen erst wissen, dass



sie diese Informationen beim AUE erhalten können. Proaktiv hingegen würde für uns beispielsweise bedeuten, dass Bewohner in nicht erschlossenen Gebieten den Verweis auf das AUE als Beratungsstelle schriftlich in den Briefkasten erhalten könnten. Wer das AUE nicht auf dem Schirm hat, wird nicht einfach daran denken, dort vorbeizugehen.

Insbesondere würde ein Vorgehen mit schriftlicher Information, weshalb die Fernwärme da nicht hingbracht wird, auch Sinn machen, weil doch einige dieser Hausbesitzer, die diese Einfamilienhäuser haben, im fortgeschrittenen Alter sind und allenfalls im Umgang mit dem Internet nicht sehr geübt. Umgekehrt finden regelmässige Veranstaltungen in Gebieten statt, wo eben Fernwärme ist. Das heisst für uns, wir müssten es eigentlich umdrehen, in den Gebieten, wo Fernwärme nicht hinkommt, ist unseres Erachtens der Informationsbedarf grösser als in den Gebieten, wo die Fernwärme kommt, und deshalb müsste man das wirklich überall machen.

Aber wie schon gesagt, trotz dieser Einwände stimmt die Fraktion Mitte-EVP der Erledigung dieses Geschäftes zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

15. Petition P499 "Höhere Kinderabzüge Jetzt!", Bericht der PetKo

[24.06.26 17:52:17, 25.5190.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Kommission das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Sie haben es vielleicht schon beim Bericht bemerkt, hier kann ich mich sehr kurz halten. Die Petition verlangt eine signifikante Erhöhung der kantonalen steuerlichen Kinderabzüge und geht davon aus, dass diese Erhöhung dazu führt, dass wieder mehr Kinder in Basel geboren werden. Die Petentschaft verzichtete darauf, an einem Hearing ihr Anliegen zu erläutern und sich den Fragen und der Diskussion der PetKo zu stellen. Die Absage kam kurzfristig und ohne Begründung. Zum Hearing erschienen sind aber eine Vertreterin des Finanzdepartements und der Leiter der Steuerverwaltung. Sie konnten die Auswirkungen der Petitionsforderungen nicht abschliessend beurteilen, schätzten aber, dass sie Mindereinnahmen im Bereich eines hohen zweistelligen oder tiefen dreistelligen Millionenbetrags nach sich ziehen werden.

Die PetKo hat bei der Behandlung der Petition berücksichtigt, dass die Petentschaft in der Zwischenzeit eine Initiative gestartet hat, die zum Teil noch höhere Kinderabzüge verlangt. Die Mehrheit der Kommission wollte deshalb den Regierungsrat nicht zusätzlich mit dieser Petition beschäftigen, eine Minderheit hätte sich gewünscht, mehr Informationen zu den finanziellen Folgen der höheren Abzüge und eine Einschätzung der Regierung zu erhalten.

Ich beantrage Ihnen nun, die Petition «Mehr Kinder dank fairer Steuerpolitik» als erledigt zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Da wir morgen keine Sitzung mehr haben, hatten heute vier Ratsmitglieder ihre letzte Sitzung.

Fina Girard ist seit Februar 2023 Mitglied im Grossen Rat, sie verlässt uns aufgrund einer Ausbildung im Ausland. Sie war Mitglied der Disziplinarkommission und der WAK und sie ist immer noch Mitglied der Begnadigungskommission und der Bau- und Raumplanungskommission. Ebenfalls hat sie als jüngstes Mitglied mit einer Rede unsere Legislatur eröffnet. Wir wünschen Fina Girard für die Zukunft alles Gute und bedanken uns für die dem Kanton geleisteten Dienste. [Applaus]



Andrea Strahm ist seit dem 1. Februar 2021 Mitglied des Grossen Rates. Sie war Mitglied der Petitionskommission, der Disziplinarkommission, der PUK Biozentrum, der IGPK Uni und der GSK. Aktuell ist Andrea Strahm noch in der GPK. Wir verlieren mit Andrea Strahm, eine Politikerin, die die Oberaufsicht über unseren Kanton geprägt hat, und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute und bedanken uns für die dem Kanton geleisteten Dienste. [Applaus]

Georg Mattmüller ist seit dem 1. Januar 2014 Mitglied des Grossen Rates. Er war Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission, der Wirtschafts- und Abgabekommission und der IPK FHNW. Aktuell ist er Mitglied der IGPK UKBB und der Finanzkommission. Wir verlieren mit Georg Mattmüller einen sehr erfahrenen Politiker und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute. [Applaus]

Pascal Pfister ist seit dem 12. August 2013 Mitglied des Grossen Rates. In seiner politischen Karriere bei uns war er Mitglied der Petitionskommission, der Gesundheits- und Sozialkommission, der Finanzkommission, der Disziplinarkommission, der Petitionskommission, der IGPK Rheinhäfen und der WAK. Aktuell ist er noch Mitglied der Wahlvorbereitungskommission und der GPK. Wir verlieren mit Pascal Pfister einen sehr erfahrenen Politiker und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute. [Applaus]

Mit den Verabschiedungen verabschiede ich mich auch von Ihnen für die Sommerpause und ich freue mich, Sie wieder im September begrüßen zu dürfen.

Schluss der 22. Sitzung

17:58 Uhr